

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans Bräker

Die Sowjetunion,
China und die EWG

Erich Röper

Nationalchinas Kampf
gegen die Isolierung

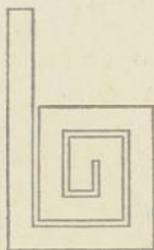
B 29/73

21. Juli 1973

Hans Bräker, Dr. phil., geb. 1921, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Wirtschaftspolitik der osteuropäischen Länder, der Entwicklungsländer, der Entwicklungshilfe und über religionswissenschaftliche Probleme. Zuletzt u. a.: Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer. Ein Beitrag zur internationalen technisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Köln-Opladen 1968; Die religionsphilosophische Diskussion in der Sowjetunion. Zur heutigen Auseinandersetzung des Marxismus-Leninismus mit dem Christentum, in: Marxismusstudien, Sechste Folge, Tübingen 1969; Kommunismus und Weltreligionen Asiens. Zur Religions- und Asienpolitik der Sowjetunion, Band I, 1: Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion, Tübingen 1969; Band I, 2: Kommunismus und Islam. Islam und sowjetische Zentral- und Südostasienpolitik, Tübingen 1971; Währungsprobleme und Integration in Osteuropa, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 13/1972; Religionsproblematik und Nationalitätenpolitik, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 31/1972; Die Sowjetunion, der RgW, die EWG und das GATT, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 21/1973.

Erich Röper, Dr. iur., geb. 1939, Assessor, wissenschaftlicher Assistent der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft; Studium der Rechtswissenschaften, Neueren Geschichte und Politologie in Hamburg, Würzburg, Mainz und an der Verwaltungshochschule in Speyer; 1967/71 Referent für gesellschaftspolitische Entwicklungshilfemaßnahmen zuletzt in Südost- und Ostasien im Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Begründer und Schriftleiter der Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität; 1967/68 stellvertretender RCDS-Bundesvorsitzender; seit 1972 stellvertretendes Mitglied der Vollversammlung und Mitglied des Berufsbildungsausschusses der Angestelltenkammer Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Geteiltes China — eine völkerrechtliche Studie, Mainz 1967; Prüfstein Berlin, in: Die Politische Meinung, Heft 3/1970, S. 21 ff.; Zur Ungültigkeit des Münchner Abkommens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/71, S. 31 ff.; Zur Rechtslage Berlins, in: Deutschland-Archiv, Heft 8 und 11/1971, S. 801 ff. und S. 1130 ff.; „China-Politik“ Bonns?, in: Deutschland-Archiv, Heft 2 und 7/1972, S. 133 ff. und S. 703 ff.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Sowjetunion, China und die EWG

In der Sowjetunion und in den anderen kommunistisch regierten Ländern Europas sind die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen Westeuropas bis in das Jahr 1962 hinein weitgehend bagatellisiert worden. Weithin wurde deren Bedeutung für die gesamte europäische Entwicklung kaum einmal voll erkannt¹⁾. Die Gründe dafür müssen vor allem im starren Festhalten insbesondere der sowjetischen Parteiführung an der ideologischen Wertung jeder Zusammenarbeit zwischen den „kapitalistischen“ Ländern gesucht werden.

Dafür hatte bereits Lenin 1915 mit seinem Aufsatz „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ die Maßstäbe gesetzt²⁾. Unter kapitalistischen Verhältnissen, so erklärte er darin, sei die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ entweder unmöglich oder reaktionär. Er hielt zwar zeitweilige Übereinkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten für durchaus möglich. Doch konnte nach seiner Auffassung der Zusammenschluß der europäischen Staaten im Sinne solcher Übereinkommen nur den Sinn und das Ziel haben, „mit vereinten Kräften den Sozialismus in Europa zu unterdrücken“ und „mit vereinten Kräften die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika“ zu verteidigen.

Lenin hielt sich damit klar auf der von Marx und Engels vorgezeichneten Linie. Bereits in ihrem kommunistischen Manifest hatten sie geschrieben: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel ...“

Erich Röper:

Nationalchinas Kampf gegen die Isolierung ... S. 14

Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarktes Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

I. Ideologische Kritik am europäischen Zusammenschluß

Die erste grundsätzliche Stellungnahme der Sowjetunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die 1957 in Form von 17

Thesen veröffentlicht wurde, ließ jedenfalls die unbedingte Dogmentreue erkennen, die 42 Jahre nach der grundsätzlichen Stellungnah-

¹⁾ Eine umfassende Untersuchung der hier behandelten Problematik gibt es bisher nicht. Die im folgenden genannten Titel setzen sich mit ihr entweder nur allgemein zusammenfassend oder nur in (wenn auch wichtigen) Teilaspekten auseinander: Die Kommunisten und der Gemeinsame Markt, Köln 1968 (Übersetzung einer hektographierten Zusammenstellung von Radio Free Europe Research von August 1967. Im wesentlichen Materialsammlung, wenig Analyse); Hans Mayrzedt / Helmut Romé, Die westeuropäische Integration aus osteuropäischer Sicht, Wien 1968 (fast ausschließlich Konzentration auf Problematik EWG - österreichische Neutralität); Rolf Sannwald, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Spiegel der sowjetischen Ideologie und Praxis, in: Osteuropa-Wirtschaft, Heft 4/1962, S. 241—252; Rolf Sannwald, Die Sowjetunion und die westeuropäische Integrations-

politik, in: Erik Böttcher (Hrg.), Ostblock, EWG und Entwicklungsländer, Stuttgart 1963; Hans Bräker, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zur Kritik der Sowjetunion am Gemeinsamen Markt, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, III/4-Januar 1963 (gedruckt auch in: Europa-Archiv, 3. Folge vom 15. Februar 1963); Hans Bräker, Die Frage der Aufnahme Großbritanniens in die EWG und die sowjetische Kritik am Gemeinsamen Markt, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24/1968; Walter Hallstein / Hans Bräker, Artikel „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Band 2, Freiburg 1968. ²⁾ W. I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band I, Berlin 1955, S. 750—754.

me Lenins noch immer den allgemeinen Maßstab für die Beurteilung aller ökonomischen und politischen Entwicklungsvorgänge in den Staaten der „kapitalistischen“ Welt bildete³⁾:

Die EWG wird in diesen Thesen als Absprache der Monopole über den gemeinsamen Kampf um die Absatzmärkte, die Rohstoffquellen und die Investitionssphären bezeichnet. Sie bilde die kriegswirtschaftliche Grundlage der NATO und richte sich damit zwangsläufig gegen die sozialistischen Länder. Die Schaffung eines geschlossenen „kapitalistischen“ Blocks führe notwendigerweise zur Zerstörung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Ausweitung des inneren Marktes dieses Blocks sei zwar nicht ausgeschlossen. Die daraus resultierenden Vorteile würden jedoch durch die Verschärfung der Marktprobleme, die sich zwangsläufig aus dem Widerspruch zwischen den Produktionsmöglichkeiten und der zu engen monetären Nachfrage ergeben müßten, mehr als aufgewogen. Die zunehmende Konzentration verleihe überdies den Monopolen die Möglichkeit, in erhöhtem Maße gegen die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet zu wirken. Senkung des Reallohns, Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Steuern und Beschneidung der politischen Rechte seien die zu erwartenden Folgen dieser Politik.

Der nationale Kolonialismus werde mit der geplanten Assoziierung der afrikanischen

Staaten durch den kollektiven Kolonialismus ersetzt. Auf internationaler Ebene werde die Abhängigkeit einer Reihe von westeuropäischen Ländern von den Vereinigten Staaten und von der nach Hegemonie in Europa strebenden Bundesrepublik gefördert, während gleichzeitig die nationale Souveränität und die Rechte der nationalen Parlamente beschränkt werden.

Schließlich kommen die Verfasser der 17 Thesen zu folgendem Ergebnis: „Was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ... betrifft, so ist vollkommen unzweifelhaft, daß die vollständige Verwirklichung der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Schritte (die allein schon höchst unwahrscheinlich ist), nicht zu einer Änderung des europäischen Kapitalismus führt und nicht die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftssystems garantieren kann.“ Es lasse sich mit Gewißheit voraussagen, daß die Spannungen und Gegensätze zwischen den Mitgliedern der EWG den Prozeß der kapitalistischen Selbsterfleischung nur noch schneller vorantreiben würde.

Bis Ende 1961 und sogar bis weit in das Jahr 1962 hinein hat diese „Dogmentreue“ die Argumentation der maßgeblichen Führer des Kommunismus gegen die EWG weitgehend beherrscht. Das ist u. a. auch daran zu erkennen, daß noch das am 31. Oktober 1961 gebilligte neue Parteiprogramm der KPdSU die in den 17 Thesen enthaltenen zentralen Gedankengänge wiederholt⁴⁾.

II. Auseinandersetzung mit der Realität der EWG

Allerdings war schon zu dieser Zeit ein gewisses Maß an Unsicherheit hinsichtlich der unbedingten Anwendbarkeit dieser dogmatischen Prinzipien bei der Beurteilung der westlichen Integrationsvorgänge zu registrieren.

Sie hatten ihre Ursachen

— einerseits in dem schon zu dieser Zeit sichtbar werdenden tatsächlichen Erfolg der Integrationsbestrebungen der westeuropäischen Länder; er fand nicht nur in einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der

EWG selbst⁵⁾, sondern auch in den zahlreichen Beitritts- und Assoziationsanträgen anderer westeuropäischer und afrikanischer Länder konkreten Ausdruck⁶⁾, und

— andererseits darin, daß etwa gleichzeitig die wirtschaftliche Zusammenarbeit der ost-

³⁾ O sozdanii „obščego rynka“ i evratoma (Über die Schaffung des „Gemeinsamen Marktes“ und Euratom), in: Kommunist, Nr. 9/1957, S. 82—102.

⁴⁾ Deutscher Text bei Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 143—244, insbes. S. 159 ff.

⁵⁾ Siehe hierzu meine Analyse: Kritik an der EWG. Gegen jede westliche Integration, in: Ost-Probleme, 14. Jahrg. 1962, S. 450—452.

⁶⁾ Siehe hierzu meine Untersuchung: Die Frage der Aufnahme Großbritanniens in die EWG und die sowjetische Kritik am Gemeinsamen Markt, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24/1968.

und südosteuropäischen Länder im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) einer schweren Krise zutrieb⁷⁾.

Auf diese Faktoren vor allem war es zurückzuführen, daß die Diskussion um die Existenz des Gemeinsamen Marktes einige bemerkenswerte Veränderungen aufwies. Auf ihrem Höhepunkt fand vom 28. August bis 30. September 1962 in Moskau eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern aus 23 kommunistischen Ländern und Parteien zu dieser Problematik statt⁸⁾. Den Beratungen dieser Konferenz lagen zugrunde:

— ein Grundsatzaufsatz von Chruschtschow über „die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“⁹⁾ und die

— unmittelbar vor Beginn der Konferenz veröffentlichten sog. 32 Thesen „über die imperialistische Integration in Westeuropa“¹⁰⁾.

1. Chruschtschows grundsätzliche Äußerungen

Angesichts der bis dahin gültigen sowjetischen Haltung mußten die Äußerungen von Chruschtschow in seinem Aufsatz einigermaßen schockierend wirken, denn mit ihnen wurde klargemacht, daß es sich beim Gemeinsamen Markt um eine starke und dauerhafte Organisation, ja, um eine der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen der Gegenwart handelt.

Die EWG wird als eine Realität dargestellt, die sich vor allem in einem schnellen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum ihrer sechs Mitgliedsländer niederschlägt. Diese Feststellung war auch deshalb von großer Be-

deutung, weil mit ihr die Gültigkeit des bis dahin unangefochtenen Postulats, hohe wirtschaftliche Wachstumsraten seien allein im Rahmen eines sozialistischen Wirtschaftssystems möglich, wenn auch nicht in Frage gestellt, so doch zumindest erheblich eingeschränkt wurde.

Selbstverständlich dürfte man, so stellte Chruschtschow weiter fest, die Möglichkeit dieser internationalen Vereinigung nicht überschätzen. Aber: „die Kräfte des Gegners nicht überschätzen heißt nicht, sie zu ignorieren. Es wäre unvorsichtig und kurzsichtig, würde man die Pläne und Handlungen der

INHALT

- I. Ideologische Kritik am europäischen Zusammenschluß
- II. Auseinandersetzung mit der Realität der EWG
 1. Chruschtschows grundsätzliche Äußerungen
 2. Die 32 Thesen von August 1962
- III. Ursachen und Auswirkungen des Wandels der EWG-Beurteilungen
 1. Die Haltung der Kommunistischen Partei Italiens
 2. Rückwirkungen auf Osteuropa
 3. Der politische Aspekt der sowjetischen EWG-Kritik
- IV. Ziele der sowjetischen EWG-Politik
- V. Sowjetisch-chinesische EWG-Divergenzen
- VI. Ideologie und Pragmatismus

Wortführer der europäischen ‚Integration‘ nicht beachten. Die Kommunisten kämpfen gegen die Versuche, den Gemeinsamen Markt und ähnliche Vereinigungen zur Vorbereitung eines neuen Krieges und zum Wettrüsten, zum Zwecke des ökonomischen und politischen Drucks auf andere Länder, insbesondere aber auf die jungen, sich entwickelnden Nationalstaaten, auszunutzen ... Gleichzeitig berücksichtigen wir die objektiven Tendenzen zur Internationalisierung der Produktion, die in der kapitalistischen Welt wirken, und gestalten dementsprechend unsere Politik und unsere wirtschaftlichen Maßnahmen.“

Chruschtschow ging sogar noch einen Schritt über diese Feststellung hinaus und stellte die

⁷⁾ Ausführlich hierzu Hans Bräker, Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostblock. Integrationsschwierigkeiten, in: Ost-Probleme, 14. Jahrg. 1962, S. 431 f., und Hans Bräker, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, III/4 - Mai 1965.

⁸⁾ Zur Durchführung und ihren Ergebnissen s. Hans Bräker, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zur Kritik der Sowjetunion am Gemeinsamen Markt, in: Europa-Archiv, 3. Folge vom 15. Februar 1963.

⁹⁾ Deutsche Fassung: N. S. Chrusčev, Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 9 (49) / 1962, S. 729—743.

¹⁰⁾ Veröffentlicht unter dem Titel: Ob imperialističeskoj „integracii“ v zapadnoj evropie (obščij rynek“)(Über die imperialistische „Integration“ in Westeuropa — „der Gemeinsame Markt“), in: Pravda vom 26. August 1962.

Frage nach der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Der von ihm dafür zusammengestellte Katalog war zwar nicht neu, seine Wiederholung in diesem Zusammenhang aber doch bemerkenswert, da er die kritischen Bereiche innerhalb des RgW widerspiegelte: Förderung rarer Rohstoffe, Vermehrung der Energiequellen, Nutzung der Wasserstraßen, Erweiterung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, Schaffung einer internationalen Handelsorganisation, Durchführung einer internationalen Handelskonferenz. Er erklärte nachdrücklich, daß er diese Vorschläge nicht zuletzt wegen der Gefahr unterbreite, „die das Bestreben der imperialistischen Kreise in sich birgt, die Vorteile der westeuropäischen Integration zur Bildung abgeschlossener zwischenstaatlicher ökonomischer Gruppierungen . . . auszunutzen“.

Schließlich erwog Chruschtschow in seinem Aufsatz sogar die Möglichkeit, zwischen den bereits bestehenden Wirtschaftsgruppen in Europa — dem RgW und der EWG — Verträge abzuschließen und damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit und einen friedlichen Wettbewerb über die Ebene der Staaten hinaus auf die der Wirtschaftsvereinigungen mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen zu heben.

2. Die 32 Thesen von August 1962

Nicht weniger deutlich spiegelt sich in den „32 Thesen“ die Erkenntnis wider, daß der Gemeinsame Markt inzwischen zu mächtig geworden und schon zu erfolgreich gewesen sei, als daß er noch länger von der kommunistischen Führung ignoriert werden könnte.

Die EWG wird in ihnen „als ökonomische und politische Realität“ anerkannt. Ihr wird außerdem auch bescheinigt, daß sie nicht etwa nur die arithmetische Summe von nationalen Märkten darstelle: Selbst in ihren entstellten kapitalistischen Formen, heißt es in den Thesen, „kann die wirtschaftliche Integration zu einer Erweiterung des Produktionsumfanges und des Binnen- und Außenhandels führen“.

Das Dilemma, in das die sowjetischen Analytiker damit geraten waren, spiegelte sich vor allem in dem Bemühen wider, den erfolgreichen Integrationsvorgang in Westeuropa dennoch in die vorgegebene ideologische Konzeption einzuordnen. Denn nur durch Rück-

griffe auf Lenin ist es möglich, die „imperialistische Integration“ als einen „sich in der Wirtschaft des modernen Kapitalismus vollziehenden Tiefenprozeß“ zu kennzeichnen, der Ausdruck einer „objektiven Tendenz ist, die sich mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und des Weltmarktes verstärkt und für den reifen und seiner Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus typisch ist“, und — auf dieser Grundlage schließlich — in der gegenwärtigen Entwicklung Westeuropas typische Merkmale der dritten Phase des Kapitalismus zu erkennen.

Strukturveränderungen, die sich im Rahmen jeder wirtschaftlichen Großraumbildung (also auch der östlichen) zwangsläufig für einzelne Wirtschaftszweige ergeben müssen, können deshalb auch als Monopolisierung und Aufteilung der „kapitalistischen“ Welt unter den großen Trusts begriffen werden, die — trotz aller zugegebenen großen wissenschaftlich-technischen Fortschritte (oder gerade deswegen) — zu „einer weiteren, noch stärkeren Ausbeutung der Arbeiterklasse, zu einem Angriff auf das Lebensniveau der Werktätigen“, kurzum zu einer weiteren Verelendung der proletarischen Massen führen muß, die ja Marx schon Mitte des 19. Jahrhunderts nachdrücklich postuliert hatte.

Der *circulus vitiosus* des Denkens, in den der Rückgriff auf die leninistische Theorie die sowjetischen Analytiker drängt, zwingt diese geradezu, den Gemeinsamen Markt als „einen Knoten von Widersprüchen zwischen den Imperialisten“ zu interpretieren: zwischen den Klassen selbst, zwischen den wirtschaftlichen Interessengruppen, zwischen den Ländern der EWG, zwischen der EWG und der EFTA, zwischen Westeuropa und Amerika, zwischen dem imperialistischen Kapitalismus und den schwach Entwickelten usw.

Sie können deshalb auch einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen den objektiven Tendenzen zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens und den imperialistischen Methoden, sie zu verwirklichen, feststellen, weil eben „der Imperialismus nicht ohne Gewalt und Willkür existieren kann, ohne daß die einen Länder durch andere unterjocht werden“. Nur der Sozialismus könne infolgedessen alle Schranken für eine wirtschaftliche Annäherung der Länder und Völker beseitigen und die Gewähr für die Bildung eines von Antagonismen freien ökonomischen Systems bieten.

Wie sehr sich jedoch die sowjetische Analyse trotz solcher ideologischen Bemühungen schon zu dieser Zeit mit der Realität des Gemeinsamen Marktes abgefunden hatte, macht das Schlußreferat Arzumanjans bei der erwähnten Moskauer Konferenz deutlich¹¹⁾: „... Wir stehen“, so heißt es darin u. a., „in den meisten kapitalistischen Ländern einer wahren technisch-wissenschaftlichen Revolu-

tion gegenüber, was eine Steigerung und Erneuerung des fixen Kapitals — und darum des Marktes — hervorruft. Man kann sich hier nicht einer abstrakten Analyse der aktuellen Probleme hingeben, so wie wir uns nicht denken können, daß andere Länder auf der Stelle treten, während wir in Richtung auf den Kommunismus voranschreiten.“

III. Ursachen und Auswirkungen des Wandels der EWG-Beurteilung

Die Bedeutung dieses Wandels in der sowjetischen EWG-Beurteilung muß darin gesehen werden, daß wesentlichen Anteil an ihm einige mit der Realität des Gemeinsamen Marktes unmittelbar konfrontierte Kommunistische Parteien Westeuropas hatten. Auf der Moskauer Konferenz trat dies besonders deutlich hervor, wie die Konferenzberichte in „L'Unita“ (Rom), in „Le Drapeau Rouge“ (Brüssel) und dann vor allem die ausführliche Dokumentation in „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija“ (Moskau) deutlich machten.

1. Die Haltung der Kommunistischen Partei Italiens

Bereits am letzten Tage der Konferenz hat Arzumanjan dies mit bemerkenswerter Offenheit bestätigt, als er feststellte¹²⁾, daß „wir sowjetischen Wissenschaftler den Darlegungen aus den kommunistischen Bruderparteien viel Neues entnommen haben“. In seinen Diskussionsbeiträgen und seinem Abschlußreferat wies er immer wieder vor allem auf die Übereinstimmung mit den Auffassungen der Repräsentanten der Kommunistischen Partei Italiens (vor allem Sereni) hin.

Die italienischen Experten hatten ihre Haltung zum Gemeinsamen Markt u. a. mit folgender Auffassung präzisiert¹³⁾: „... In der

Gesamtheit hat die Integration eine produktive Ausbreitung von erheblicher Weitläufigkeit begünstigt und die Manifestation und die Wirkung der strukturellen Krisen, die jeden Sektor betroffen haben, geschwächt. Heute, da die Kommunistischen Parteien ihre Opposition gegen den Integrationsprozeß verstärken, muß man sich fragen, ob die einfache Aufforderung zur Auflösung des ‚Gemeinsamen Marktes‘ oder zur Kündigung des dazu gehörigen Vertrages genügen würden. Der Wert einer solchen Forderung in reiner und präziser Form steht bei der Opposition gegen den ‚Gemeinsamen Markt‘ außerhalb jeder Diskussion. Aber nach unserer Meinung kann die Aktion der Kommunistischen Parteien sich nicht darauf beschränken, jene Forderungen vorzutragen, und dies grundlegend aus zwei Gründen: 1. Weil der ‚Gemeinsame Markt‘ eine bemerkenswerte Lebensfähigkeit beweist und eine Sachlage geschaffen hat, die nicht ohne schwerwiegende Folgen beseitigt werden kann; 2. weil der ‚Gemeinsame Markt‘ auf der Grundlage einer realen Forderung, verursacht durch die Entwicklung der produktiven Kräfte, geboren worden ist.“

Mit vergleichbarer Nüchternheit wurde der Gemeinsame Markt im übrigen aber auch von den belgischen Experten beurteilt. Ihre Auffassung formulierten sie u. a. wie folgt¹⁴⁾: „Wenn eine Vielzahl relativ kleiner, durch Zollschränken voneinander getrennter nationaler Absatzmärkte vorhanden ist, stößt die

¹¹⁾ Nach dem ausführlichen Konferenzbericht: Problemy sovremennogo kapitalizma (Probleme des modernen Kapitalismus) in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija Nr. 11/1962, S. 54—71 und Nr. 12/1962, S. 59—79.

¹²⁾ In einem Interview, das TASS am 3. September 1962 veröffentlichte.

¹³⁾ Nach Guido Vicario, I comunisti italiani di fronte al „Mercato commune“ (Die italienischen Kommunisten und der „Gemeinsame Markt“), in: L'Unita vom 3. September 1962. L'Unita hat über die Moskauer Konferenz in insgesamt 3 Folgen von Guido Vicario berichtet. Außer dem bereits zitierten Artikel: I comunisti del MEC per una politica

commune (Die Kommunisten der EWG sind für eine Gemeinsame Politik [30. August 1962]) und: Le conclusioni del convegno sul capitalismo e il MEC (Die Ergebnisse der Konferenz über den Kapitalismus und den Gemeinsamen Markt [4. September 1962]).

¹⁴⁾ Zitiert nach dem ausführlichen zweiteiligen Konferenzbericht: La conférence de Moscou sur les problèmes du capitalisme contemporaine (Die Moskauer Konferenz über die Probleme des modernen Kapitalismus), in: Le Drapeau Rouge vom 19.—21. September und vom 25.—28. September 1962.

Einführung moderner Techniken auf wachsende Hindernisse, da diese nur in solchen Betrieben gewinnbringend eingesetzt werden, die eine hohe Arbeitskapazität aufweisen und folglich auch gewaltige Absatzmärkte beliefern. Der Gemeinsame Markt ist ein Versuch, diesen tatsächlich vorhandenen Erfordernissen der Entwicklung der produktiven Kräfte und des technischen Fortschritts Genüge zu leisten.“

2. Rückwirkungen auf Osteuropa

Zu einem Problem für die Sowjetunion ist diese offenkundige Versachlichung der EWG-Beurteilung aber vor allem dadurch geworden, daß mit ihr auch eine zunehmende Versachlichung und Differenzierung der Auffassungen bei den Mitgliedsländern des RgW bewirkt wurde. Als symptomatisch soll hier nur ein polnischer Artikel zum 10. Jahrestag der Gründung der EWG angeführt werden¹⁵⁾. Darin heißt es u. a.: „... Hauptsächlich in vielen politischen und Wirtschaftskreisen war man skeptisch, ob solch ein künstliches Gebilde, wie der Gemeinsame Markt, gut funktionieren bzw. sich auf längere Sicht bewähren könne. Aber diese Organisation bestand manche Feuerprobe. Obwohl ihre Existenz mehrere Male an einem Haar hing, scheint die EWG zu einem dauerhaften Faktor der heutigen Wirklichkeit geworden zu sein. ... Vor 10 Jahren mußte man schon viel Phantasie haben, um sich vorzustellen, daß dieses mit dem Segen Washingtons geschaffene Gebilde in einer so kurzen Zeit auf eigenen Füßen zu stehen vermag und mit Erfolg eine Politik zu führen beginnt (z. B. in Handelsangelegenheiten ...), die die amerikanischen Pläne so sehr durchkreuzt [gemeint hier v. a. die Kennedy-Runde] ... Die EWG war auf dem Gebiet der Handelspolitik in der Tat erfolgreich. Das Harmonogramm des Abbaus der inländischen Zölle und der allmählichen Bildung eines gemeinsamen Zolltarifs für den Außenhandel wurde um vieles übertroffen. Völlig abgebaut werden die inländischen Zölle bereits Mitte 1968 und nicht erst am Ende der Übergangszeit, d. h. im Dezember 1969 ... Unserer Meinung nach genügt schon diese Tatsache, um vor allem in bezug auf unsere Handelspolitik weitgehende Schlüsse zu ziehen. Als Handelsunion ist die EWG eine In-

stitution von Dauer, die in zunehmendem Maße auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa einwirken wird. Wir müssen also danach streben, alle Nachteile, die uns durch die Entstehung einer geschlossenen Gemeinschaft der sechs westeuropäischen Länder entstehen, auf ein Minimum einzuschränken.“

Es wurde deutlich, und zwar nicht nur im Schrifttum, sondern auch in der Praxis der internationalen Wirtschaftspolitik, daß nicht nur Polen, sondern auch die ČSSR, Ungarn und Rumänien solche nüchternen Analysen mit konkreten Überlegungen hinsichtlich des Ausbaus ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zum Gemeinsamen Markt insgesamt und zu den Mitgliedsländern der EWG im einzelnen verbanden¹⁶⁾.

3. Der politische Aspekt der sowjetischen EWG-Kritik

Daß die Realisierung solcher Zielsetzungen nicht ohne politische Rückwirkungen auf das „innere“ Gefüge der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb des RgW bleiben konnte, lag und liegt auf der Hand.

Auf die damit verbundenen Probleme ist es nicht zuletzt zurückzuführen, daß die Sowjetunion ihre Bewertung der wirtschaftlichen Integration Westeuropas wieder in zunehmendem Maße auf deren politische Konsequenzen konzentrierte und damit auch Maßstäbe und Grenzen für die Überlegungen ihrer Partner setzte. In einem gleichfalls zum zehnjährigen Bestehen der EWG (drei Wochen nach dem zitierten polnischen Artikel) erschienenen Grundsatzartikel kam dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck¹⁷⁾: „Nach außen hin nahm sich der Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas ziemlich harmlos aus ... Hinter dieser honorigen Fassade aber verbargen die Gründer von ‚Klein-Europa‘ weitgesteckte politische Ziele. Ihren Handlungen lag das Bestreben zugrunde, die Spaltung Europas zu vertiefen, die einen Staaten den anderen Staaten entgegenzustellen und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Ländern des Ostens und des Westens zu

¹⁵⁾ Stanislaw Albinowski, Skazani na sukces (Zum Erfolg verurteilt), in: Życie Warszawy vom 3. März 1967.

¹⁶⁾ Siehe hierzu meine bereits in Anm. 7 zitierte Analyse: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, insbes. S. 12 f.

¹⁷⁾ S. Zykov, Za fasadom „maloj evropy“ (Hinter der Fassade von „Klein-Europa“), in: Izvestija vom 25. März 1967.

verhindern. Die großen Monopole der industriell am stärksten entwickelten Länder des Kontinents waren natürlich an einer Beseitigung der für sie lästigen Zollschränken außerordentlich interessiert. Aber die Taufväter des ‚Gemeinsamen Marktes‘, die für die ‚Freizügigkeit von Waren, Kapital und Arbeitskräften‘ eintraten, wollten vor allem eine Art ökonomisches Fundament für den atlantischen Block schaffen (zumal ja alle Länder der Gemeinschaft auch der NATO angehörten). Nicht zufällig leisteten die Vereinigten

Staaten, die — sollte man meinen — die vereinten Anstrengungen ihrer potentiellen Konkurrenten auf dem europäischen Mutterland hätten fürchten müssen, auf jede Art Geburtshilfe für den ‚Gemeinsamen Markt‘. Sie betrachteten ihn als wichtiges Instrument der Politik des ‚kalten Krieges‘, als Mittel zur Spaltung Europas und zur Verschärfung der Spannungen auf dem Kontinent, was nach den Berechnungen Washingtons die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder von den USA verstärken mußte.“

IV. Ziele der sowjetischen EWG-Politik

Mit den in diesem Artikel — der hier nur als Beispiel für viele andere angeführt wurde — vertretenen grundsätzlichen Auffassungen wurden die Linien für weitere Analysen der westeuropäischen Integration und für die sich auf sie stützende sowjetische EWG-Politik gezogen:

Die Realität des Gemeinsamen Marktes wurde keineswegs wieder in Frage gestellt. Man kann im Gegenteil sogar davon ausgehen, daß die ganze weitere Auseinandersetzung mit ihm ihre eigentliche Ursache in der Einsicht hatte und bis heute hat, daß an einem Erfolg der wirtschaftlichen Integration Westeuropas nicht mehr gezweifelt werden kann.

Auch und gerade in der sowjetischen Analyse und Kritik wird dieser Realität Rechnung getragen. Theoretisch-ideologische Argumente, wie sie in den 17 Thesen von 1957 und in den 32 Thesen von 1962 verbindlich formuliert worden sind, spielen in ihnen natürlich nach wie vor eine nicht unbedeutende Rolle. Aber sie sind eindeutig politisch-pragmatischen Überlegungen und einer entsprechenden Politik untergeordnet. Sie laufen darauf hinaus

— einmal den Fortgang des wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses zu stören und zu diesem Zweck alle von nationalen Interessen bestimmten „antagonistischen“ Bestrebungen unter den Mitgliedsländern mit bilateralen Mitteln zu fördern, und

— zum anderen, so weit wie möglich zu verhindern, daß der Kreis der an der Integration teilnehmenden Länder durch Beitritts- und Assoziationsabkommen vergrößert wird.

Dabei geht es, um hier nur einige wenige „Felder“ summarisch zu umreißen, darum,

— die tatsächlichen nationalen Interessen der einzelnen EWG-Länder (etwa Agrarprobleme, Währungsprobleme, Konjunkturprobleme usw. usf.) im Sinne von wirtschaftlichen und politischen Differenzierungen zwischen ihnen, oder richtiger: im Sinne von sowohl gegeneinander als auch gegen die Interessen der Gemeinschaft gerichteten Divergenzen zu qualifizieren und politisch auszunutzen;

— die Erweiterungsbestrebungen durch Beitrittsabkommen europäischer Länder in ihren negativen nationalen und internationalen Aspekten sowohl für die beitriftswilligen Länder selbst (unter weitgehender „Benutzung“ der Argumente der jeweiligen nationalen „Beitritts-Opposition“; z. B. hinsichtlich der Commonwealths-Problematik Großbritanniens) als auch für die Gemeinschaft (unter Nutzung der Widerstände in ihr: etwa de Gaulle 1963 und 1967 gegen die Aufnahme Großbritanniens) zu kennzeichnen und durch bilaterale politische Aktivitäten zu stören;

— die Assoziationsbegehren nichteuropäischer (insbesondere afrikanischer) Länder diesen gegenüber als machtpolitische Bestrebungen der europäischen „kapitalistischen“ Länder mit wirtschaftlichen Mitteln im Sinne der modifizierten Imperialismus-Theorie als Neokolonialismus einzuordnen;

— die enge Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit den nordamerikanischen Ländern als Bestrebungen der USA zu qualifizieren, dem Gemeinsamen Markt die Rolle des wirtschaftlichen Fundaments der NATO zuzuweisen und alle die gegen die USA und die NATO gerichteten Strömungen zu fördern (z. B. Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO), gleichzeitig aber die USA auch durch Verstärkung der bilateralen Be-

ziehung UdSSR—USA soweit wie möglich von Europa zu isolieren.

Dieser Katalog könnte erweitert werden; der vorstehende sollte nur einige Aspekte der sowjetischen EWG-Kritik und Westeuropa-Politik aufzeigen. Obwohl sie bis heute mit großer Intensität betrieben worden ist, hat sie aber

— weder den Integrationsprozeß in Westeuropa behindern oder auch nur beeinflussen können (krisenhafte Erscheinungen in der Entwicklung der Gemeinschaft hatten ihre Ursache ausschließlich in EWG-internen Problemen)

V. Sowjetisch-chinesische EWG-Divergenzen

Von nicht unwesentlicher Bedeutung für die heutige sowjetische EWG-Politik ist das seit Anfang 1971 zunehmende Interesse der Volksrepublik China an der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes, zumal dabei nicht wirtschaftspolitische, sondern nahezu ausschließlich politische Motivationen die beherrschende Rolle spielen. Einige Äußerungen beider Seiten aus dem letzten Jahr sollen die Bedeutung dieses Aspekts der östlichen EWG-Diskussion zeigen:

In einem anlässlich der Unterzeichnung der Beitrittsabkommen mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen verbreiteten Artikel der chinesischen Nachrichtenagentur heißt es u. a.¹⁸⁾: „Die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens wurden am 18. 1. in voller Übereinstimmung abgeschlossen ... Das ist ein neuer Schritt, den die westeuropäischen Länder getan haben, um sich den gegen die Hegemonie der Supermächte ... gerichteten Kräften anzuschließen. Die Unterzeichnung dieses Vertrages ist das Resultat langer und mühsamer Verhandlungen der westeuropäischen Länder ... Die verstärkte Durchsetzung und Kollusion der beiden Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, in den letzten Jahren in Europa haben in verstärktem Maße die lebenswichtigen Interessen der europäischen Länder bedroht. Das hat

— noch die Ausweitung des Gemeinsamen Marktes durch Abschluß von Beitrittsabkommen — Großbritannien, Irland, Dänemark — verhindern können (auch das Scheitern des Beitritts von Norwegen ist nicht, ja nicht einmal teilweise „dem Konto“ der EWG-Politik der Sowjetunion oder dem ihrer Norwegen-Politik „zuzuschreiben“).

Erfolgreich ist die sowjetische EWG-Kritik und -Politik allenfalls insofern gewesen, als die Partner im RgW heute ihre Bereitschaft, der Realität der EWG durch handelspolitische Maßnahmen der Gemeinschaft als Institution gegenüber Rechnung zu tragen, wenn überhaupt noch, so doch wesentlich zurückhaltender und unverbindlicher äußern.

die Einigung unter ihnen im Widerstand gegen die beiden Supermächte gefördert ... Der westeuropäische Gemeinsame Markt wurde 1958 gegründet. Er ist vom westeuropäischen Monopolkapital ... auch zur Stärkung der wirtschaftlichen Behauptung gegenüber den Vereinigten Staaten ... benutzt worden. Die sechs Länder ... verstärken auch ihre Zusammenarbeit in politischen und außenpolitischen Angelegenheiten. Noch für dieses Jahr ist eine Gipfelkonferenz des Erweiterten Gemeinsamen Marktes geplant. Die Konsolidierung und der Ausbau des Gemeinsamen Marktes haben den beiden Supermächten viele Hindernisse in den Weg ihres Feilschens und ihrer Machtpolitik in Europa gelegt ... Was die Sowjetunion betrifft, so startete ihre Presse und ihre Nachrichtenagentur eine Kampagne gegen die Unterzeichnung des Vertrages. In einem AFP-Bericht vom 22. 1. aus Moskau heißt es: ‚Der Kreml hat jede vorhergehende Bemühung um die Schaffung eines einheitlichen westeuropäischen Blocks, der sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion unabhängig ist, attackiert‘, und ‚die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes ist von vielen Aspekten aus gesehen ein Rückschlag für die Sowjetunion‘.“

Eine der führenden sowjetischen Wirtschaftszeitungen reagierte darauf wie folgt¹⁹⁾: „Die maoistische Führung billigt die volksfeindliche Abmachung der monopolistischen Kreise der westeuropäischen Länder — Beitritt Großbritanniens, Norwegens, Dänemarks und Ir-

¹⁸⁾ Treaty of Accession of Britain, Denmark, Ireland and Norway to West-European Common Market signed, in: News from Hsinhua News Agency vom 27. Januar 1972.

¹⁹⁾ Socialističeskaja industrija vom 3. Februar 1972.

lands zum Gemeinsamen Markt... Wenn wir von den kapitalistischen Industriearistokraten sprechen, so müssen wir sagen, daß diese tatsächlich den Beitritt Großbritanniens zur EWG begrüßen, weil dieser Schritt mit ihren Interessen übereinstimmt... In erster Linie wird die Oberschicht des britischen Finanz- und Industriekapitals davon profitieren, das ist eine Hand voll Menschen, die die Industrie des Landes kontrollieren... Und Hsinhua stellt sich mit der positiven Einschätzung dieses Ereignisses an deren Seite."

Ausführlich kritisierte dann einige Zeit später die sowjetische Nachrichtenagentur Novosti die chinesische Haltung²⁰): "... Peking unterstützt jetzt jene Aktivitäten der EWG, die den Kampf der imperialistischen Staaten gegen den Sozialismus begünstigen. Die chinesische Führung erklärte vor kurzem, sie glaube, daß der Gemeinsame Markt einen Grundfaktor auf dem Wege zur europäischen Unabhängigkeit darstelle und einen wirksamen Kampf gegen das Monopol der beiden Großmächte ermögliche... Auf diese Weise unterstützt die chinesische Führung die Integrationsprozesse, die in der kapitalistischen Welt stattfinden, und entstellt bewußt die Aufgaben und Ziele der EWG. Die Billigung des Beitritts Großbritanniens spielt den großen Banken und Industriemonopolen in England, die sich in der Hoffnung auf neue Märkte und große Profite um den Kontinent streiten, in die Hände. Selbstverständlich stößt diese Haltung auf weitgehende Genugtuung der herrschenden Kreise in England. Wie man sieht, ist die chinesische Führung nicht darüber besorgt, daß die Stärkung der Gemeinschaft der Monopole die Ausbeutung der Werktätigen intensivieren wird... Im Kampf zwischen Arbeit und Kapital unterstützt Peking das Kapital und verrät somit eine der wichtigsten Leninschen Lehren: 'Kapital ist eine internationale Macht, es kann nur bezwungen werden durch das internationale Bündnis und die Brüderlichkeit der Werktätigen'."

Nach der Gipfelkonferenz der EWG am 19. und 20. Oktober 1972 in Paris stellte die amtliche chinesische Nachrichtenagentur fest²¹): "Die Ergebnisse dieser Konferenz zeigen, daß die westeuropäischen Länder, deren Unabhängigkeit und Sicherheit von der scharfen Rivali-

tät der beiden Supermächte in Europa immer stärker bedroht werden, entschlossen sind, ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu verstärken und ein unabhängiges Europa aufzubauen, das 'seine Persönlichkeit behauptet' und sich der Einmischung und Kontrolle der beiden Supermächte entledigt... In dem Kommuniqué wird die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten bekundet, ihre Gemeinschaft zu stärken und den Gemeinsamen Markt, der jetzt vorwiegend eine Wirtschaftsgruppierung ist, noch vor Ende dieses Jahrzehnts in eine europäische Union umzuwandeln... Diese Verpflichtung zu einer Union ist das 'Hauptergebnis' der zweitägigen Gipfelkonferenz gewesen."

Bereits wenige Tage vor der Pariser Gipfelkonferenz hatte „Novoe vremja“ in einem beschwörenden Artikel u. a. festgestellt²²): "... Die chinesischen offiziellen Persönlichkeiten befehligen sich bei jeder passenden Gelegenheit, die westeuropäischen Politiker von der Notwendigkeit der Vereinigung der Länder des Westens zu überzeugen, um der Sowjetunion in Europa die Stirn zu bieten. Mit dem vereinigten kapitalistischen Europa verbinden die Maoisten nicht nur Hoffnungen, einen Verbündeten im Kampf gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder zu gewinnen, sondern auch ihre Pläne einer technischen Neuausstattung der chinesischen Industrie mit Hilfe des Westens und der weiteren Vergrößerung des militärischen, darunter auch des Atom-Raketen-Potentials Chinas... Ist es nicht längst an der Zeit für die Pekinger Politiker, endlich den antisowjetischen Schleier aus den Augen zu wischen, der sie daran hindert, vernünftig auf die um sie umgebende Wirklichkeit zu blicken und an die Frage sowohl der asiatischen als auch der europäischen Politik real heranzugehen?"

In einer direkten Stellungnahme zur chinesischen Beurteilung der Pariser Gipfelkonferenz hieß es dann schließlich²³): "Vorige Woche fand, wie bekannt, in Paris eine Gipfelkonferenz der Erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. Ebenso bekannt ist, daß der Hauptzweck dieser Tagung nicht nur ein engerer Zusammenschluß westeuropä-

²⁰) Novosti-Korrespondent Andreev in Radio Bratislava am 5. April 1972.

²¹) West-European nine-nation summit Conference closes, in: News from Hsinhua News Agency vom 24. Oktober 1972.

²²) Ju. Usov, Zapadnaja evropa i politika Pekina (Westeuropa und die Politik Pekings), in: Novoe vremja, Nr. 43 vom 20. Oktober 1972, S. 18 f.

²³) Von Radio Prag am 24. Oktober 1972 verbreiteter Kommentar.

ischer Unternehmerkreise und des Kapitals war, sondern auch die Schaffung von Voraussetzungen für eine politische und militärische Integration Westeuropas, natürlich in erster Linie im Interesse der regierenden Kreise dieser Länder. Trotzdem zögert jedoch der Kommentator von Radio Peking [das den Hsinhua-Kommentar zuerst verbreitet hatte] mit der Behauptung nicht, die Pariser Konferenz drücke die entscheidenden Bemühungen der europäischen Völker aus, ihre Probleme aus eige-

VI. Ideologie und Pragmatismus

Die Analyse der letzten Stellungnahmen Chinas und der Sowjetunion zur EWG — auch sie könnten um weitere ergänzt werden — zeigt, daß die Sowjetunion die chinesischen Äußerungen als eine wesentliche Störung ihrer EWG-Politik im engeren und ihrer Europa-Politik im weiteren Sinne empfindet. Nicht daran zu zweifeln ist, daß China seine EWG-Auffassung auch in absehbarer Zeit beibehalten wird.

Außer Frage steht aber schon jetzt, daß die immer massiveren chinesischen Äußerungen zu EWG-Problemen eine empfindliche Seite der sowjetischen Europapolitik berühren. Dies ist allein daraus zu schließen, daß die Sowjetunion sich einerseits bei Abwehr der chinesischen Europa-Polemik wieder zunehmend auf die Ebene der ideologischen Argumentation gegen die EWG gedrängt sieht, wie sie in den 17 Thesen des Jahres 1957 und in den 32 Thesen des Jahres 1962 formuliert wurde.

Ob es sich bei den chinesischen EWG-Äußerungen nur um eine gezielte propagandistische Kampagne zur Beeinflussung der Europapolitik der beiden sogenannten „Supermächte“ handelt, läßt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau beurteilen. Es wäre aber durchaus denkbar, daß hinter dieser politisch motivierten Argumentation auch ein von eigenen ökonomischen Überlegungen geleitetes Interesse an der europäischen Integration ganz allgemein und an der EWG im besonderen steht. Das könnte in absehbarer Zeit durchaus dazu führen, daß China die EWG als völkerrechtliches Subjekt anerkennt. Von den kommunistisch regierten Ländern hat diesen Schritt bisher nur Jugoslawien getan.

Auch für die Sowjetunion und ihr Partner im RgW ist die Frage der Anerkennung der EWG

ner Kraft zu lösen und angesichts der Drohung der beiden Supermächte ... ihre Einheit zu festigen. Damit bestätigte Peking erneut, worum es ihm vor allem geht: Um jeden Preis einen weiteren Punkt seiner antisowjetischen Kampagne zu verzeichnen, ohne Rücksicht auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die es bisher formell proklamiert. Die Anhänger der Ideen des großen Mao würden gut daran tun, diese Tatsache gründlich zu durchdenken.“

als völkerrechtliches Subjekt zu einem wichtigen politischen Problem geworden, seit die Europäische Gemeinschaft am 1. Januar 1973 die Gesamtkompetenz für die Handelspolitik ihrer Mitgliedsländer übernommen hat. Die Übertragung dieser Kompetenz auf die Gemeinschaft — dies mag hier noch einmal kurz in Erinnerung gerufen werden — hat die seit Ende 1969 gültige Ausnahme- bzw. Übergangsregelung abgelöst. In ihr war festgelegt worden, daß die Mitgliedstaaten der EWG mit sog. Staatshandelsländern nur noch für drei Jahre bilaterale Abkommen schließen können, daß bereits geschlossene und gültige Abkommen bis zu ihrer Auslauffrist in Kraft bleiben (in der Regel: 31. Dezember 1974) und daß bereits über die Protokolle für 1974 — sie ergänzen in der Regel die jeweiligen bilateralen Abkommen um Kontingentslisten für den Warenverkehr — entweder gemeinschaftlich zu verhandeln ist oder die Protokollbasis von 1973 ohne Änderung auch für das Jahr 1974 einfach beibehalten wird.

Wie sich die Sowjetunion auf diese von der EWG geschaffene eindeutige Rechtslage einstellen wird, ist derzeit noch immer nicht abschließend zu beurteilen. Sie steht bereits in diesem Jahr vor der Konsequenz, entweder Verhandlungen mit der Gemeinschaft und nicht mehr mit ihren einzelnen Mitgliedsländern zu führen — damit würde sie die EWG zumindest völkerrechtlich akzeptieren — oder aber dies nicht zu tun — damit würden die zur Zeit noch laufenden bilateralen Handelsabkommen mit den EWG-Ländern Ende 1974 praktisch beendet werden.

In allen Äußerungen der maßgeblichen sowjetischen Führer und Experten seit Beginn des letzten Jahres wird zwar die „Realität der Existenz des Gemeinsamen Marktes“ nach wie vor betont. Aber es wird auch immer hinzu-

gefügt, dies bedeute keineswegs das Einverständnis mit dessen Praktiken und Aktivitäten. Über die Frage der zukünftigen konkreten Beziehungen zur EWG geben sie hingegen keine Auskunft oder weichen einer klaren Stellungnahme noch immer aus. Dennoch läßt die praktische Politik der Sowjetunion seit Beginn dieses Jahres deutlich erkennen, daß sich an ihrer prinzipiell ablehnenden Einstellung zur EWG nicht nur nicht das geringste geändert hat, sondern daß sie darüber hinaus, wie bisher schon immer, den Fortgang der „Vergemeinschaftung“ mit allen Mitteln zu blockieren, zumindest aber zu neutralisieren sucht.

Diese Politik vollzieht sich unter dem Schlagwort „gesamteuropäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet“²⁴⁾. Sie nimmt in dem zunehmenden Interesse der Sowjetunion — und natürlich auch ihrer Partnerstaaten im RgW — an einer unmittelbaren Kooperation ihrer Außenhandelsorganisationen oder sogar Betriebe mit Betrieben in den EWG-Ländern immer konkretere Gestalt an. Zahlreiche solcher Verträge sind schon bisher geschlossen worden. Damit stößt sie — und darin ist die Erklärung für dieses rege Interesse zu suchen — in einen Bereich vor, der auch für die EWG absolutes „Neuland“ ist. Denn diese Formen der bilateralen zwischenbetrieblichen Kooperation zwischen Ost und West unterliegen bisher eben noch nicht dem EWG-Regime, wie die handelsvertraglichen Beziehungen.

Nach allen Erfahrungen und bei Abwägung der noch bestehenden Schwierigkeiten dürfte auch vorerst kaum zu erwarten sein, daß die EWG in absehbarer Zeit in diesem Bereich der unmittelbaren zwischenbetrieblichen Kooperation zu gemeinschaftlichen Regelungen kommt, wie sie auf dem Gebiet der Handelspolitik bereits verwirklicht worden sind.

Die Politik, die die Sowjetunion gerade in jüngster Zeit auf diesem Gebiet entwickelt hat — Breschnews Besuche in Bonn und Paris haben dies besonders deutlich hervortreten lassen —, läuft darauf hinaus, diese in den Ost-

West-Beziehungen neuen bilateralen Vertragsformen sowohl quantitativ als auch qualitativ auszubauen und zu verbessern und dadurch das EWG-Gemeinschaftssystem bilateral so wirksam zu unterlaufen, daß eine Anerkennung der EWG als völkerrechtliches Subjekt nicht mehr die Voraussetzung ist für den Ausbau ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern (im Interesse ihrer lebensnotwendigen Importbedürfnisse).

Daß die Sowjetunion darüber hinaus bestrebt ist, mit ihrer derzeitigen Politik sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene (etwa KSZE) die Weiterentwicklung der EWG zu einer politischen Union mit allen Mitteln zu stören und sie möglicherweise sogar zu verhindern, hat ein in der sowjetischen Zeitschrift „mezdu narodnaja zizn“ (Internationales Leben) soeben veröffentlichter Grundsatzartikel erneut mit aller Deutlichkeit klargestellt²⁵⁾. In der Diskussion zur Herstellung einer politischen Union der EWG-Länder, so wird darin festgestellt, drücke sich in erster Linie die Furcht vor den segenbringenden Wandlungen im politischen Leben Europas und vor einer weiteren Entspannung auf dem Kontinent aus, die durch die aktive Außenpolitik der sozialistischen Länder gefördert werde. Alle Versuche, die Idee der politischen Integration der westeuropäischen Staaten zu beleben, „laufen der allgemeinen Tendenz zur Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zuwider“.

Mit dieser Argumentation wird auch der Auffassung widersprochen, daß die objektiven Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsintegration zwangsläufig auf die politische Integration hinführen müssen. Hier werden Motivationen und Zielsetzungen der sowjetischen Europapolitik sichtbar, an der sowohl die weitere Integrations- als auch die Ostpolitik der westeuropäischen Staaten nicht einfach vorbeigehen kann.

²⁴⁾ Der Text dieses Aufsatzes, der unter der Überschrift „Wer braucht die politische Integration Westeuropas?“ erschienen ist, lag mir bei Abschluß dieses Manuskriptes noch nicht vor. Ich kann mich aber auf eine ausführliche Inhaltsangabe mit wörtlichen Zitaten eines Artikels von Hermann Poerzgen („Moskau gegen politische Integration“) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. Juli 1973, S. 4, beziehen.

²⁴⁾ Siehe hierzu ausführlich meine Analyse: Die Sowjetunion, der RgW, die EWG und das GATT. Zum sowjetischen Vorschlag einer „gesamteuropäischen Zusammenarbeit“ auf wirtschaftlichem Gebiet, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 21/1973.

Nationalchinas Kampf gegen die Isolierung

Noch Chancen für Chiang Kai-shek?

Nur drei Menschen kennen die Lösung des Konflikts ...: der eine ist tot, der zweite seither ständig betrunken, der dritte hat sie wieder vergessen.

Lord Henry John Palmerston, langjähriger britischer Außen- und Premierminister im 19. Jahrhundert zur Schleswig-Holstein-Frage

Mit 76 zu 35 Stimmen beschloß die UN-Vollversammlung am 25. Oktober 1971 auf Antrag Albaniens, die Vertretung Chinas in der Weltorganisation der kommunistischen Regierung in Peking zu übertragen¹⁾, trotz vieler rechtlicher und politischer Bedenken²⁾. Die Repräsentanten der Nationalregierung verließen die UNO; einzig würdiger Akt eines im übrigen obszönen Schauspiels, meinte ein britischer UN-Diplomat.

Auch in den Unter- und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen traten die kommunistischen an die Stelle der Nationalchinesen³⁾. Sogar den UNO-Korrespondenten der Central News Agency of China, Chen Chi-lin und T. C. Tang, wurde am 21. Dezember 1971 gegen den Protest des internationalen Pressekorps⁴⁾ auf Pekings

Verlangen vom Generalsekretariat die Akkreditierung entzogen⁵⁾.

Ähnlich wie früher die Anhänger Nationalchinas meinte die Mehrheit in der UNO, China sei noch immer eine Einheit. Da Pekings Anwesenheit in der UNO nach Meinung der meisten Mitglieder erforderlich ist, Peking die Mitgliedschaft beider Regierungen aber ablehnt⁶⁾, wurden die mehr als 15 Millionen

sociation, Ernest A. Gross, vom 4. Februar 1972, in: News from China, New York (fortan NfCh) 4. Februar; der Direktor der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der UNO, der Inder Governadhan Lal (Ghol) Obhrai, trat wegen der Behandlung der CNA-Korrespondenten am 21. Juni 1972 zurück (NfCh 22. Juni 1972).

⁵⁾ Note No. 3723 vom 21. Dezember 1971 der Press Section Office of Public Information United Nations' Secretariat General (NfCh 21. Dezember 1971). In Bonn wollen die Vertreter der Nachrichtenagentur Neues China (Hsin Hua T'ung Hsun She) erst Mitglieder des privatrechtlichen Vereins der ausländischen Presse werden, wenn die Kollegen vom nationalchinesischen Freichina-Informationsdienst ausgeschlossen sind. Um weiteren Pressionen auch in anderen Staaten vorzubeugen, wurde die 1924 von der Kuomintang gegründete CNA am 2. April 1973 in eine Privatgesellschaft umgewandelt (Freies Asien 12. April 1973, fortan FA). — Am 8. Oktober 1972 wurde auf Wunsch Pekings in Teheran der Präsident der China Broadcasting Corporation (BCC), Lee Shih-feng, trotz gültigen Einreisevisums gewaltsam gehindert, an der Generalversammlung der Asien Broadcasting Union teilzunehmen (NfCh 12. Oktober 1972); nun will Peking der ABU, einer unabhängigen Gruppe hauptamtlicher Rundfunk- und Fernsehmitarbeiter, beitreten, womit die BCC ausscheiden müßte, da ihr je Land nur eine Rundfunkorganisation angehören kann (Japan Times 12. Januar 1973, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln, fortan MD, 22. Januar und 9. Februar 1973).

⁶⁾ Als grundsätzliche Stellungnahme vgl. etwa den gemeinsamen Leitartikel von Jen Min Jih Pao (Volkszeitung), Hung Ch'i (Rote Fahne) und Chieh Fang Chün Pao (Armeezeitung) am 31. Dezember 1971, MD 3. Januar 1972. Auch im Internationalen Währungsfonds und Internationalen Olympischen Komitee will Peking nicht mitarbeiten, da die „Chiang Kai-shek-Clique“ dort noch vertreten sei (NZZ 24. Oktober 1972 und FAZ 10. November 1971).

¹⁾ Twenty-Sixth Session, Agenda Item 93, A/RES/2758 (XXVI), 26 October 1971, Resolution adopted by the General Assembly.

²⁾ Vgl. dazu etwa Erich Röper, Geteiltes China. Eine völkerrechtliche Studie, Mainz 1967, mit den Literaturhinweisen.

³⁾ Neben der UNESCO (United Nations' Educational and Scientific Organization) u. a. GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) 17. November 1971 und IAA (Internationales Arbeitsamt) 17. November 1971, Frankfurter Allgemeine Zeitung (fortan FAZ) 18. November; WHO (World Health Organization) 26. Januar 1972, Neue Zürcher Zeitung (fortan NZZ) 28. Januar; mit Beschluß vom 18. März 1972 wurde alle technische Hilfe des UNDP (United Nations' Development Program) eingestellt, NZZ 20. März; IMCO (International Maritime Consultative Organization) 24. Mai 1972, Süddeutsche Zeitung (fortan SZ) 25. Mai; ITU (International Telegraphic Union) 29. Mai 1972, NZZ 31. Mai; alle Hinweise auf Nationalchina wurden in der UNO beseitigt, incl. der Plakette unter einem Konfuzius-Bild, und es darf nirgends mehr genannt werden, DIE ZEIT 18. August 1972; nur in der IAEO (International Atomic Energy Organization) ist Nationalchina noch vertreten, da Peking sonst dem Atomteststopvertrag beitreten müßte.

⁴⁾ Vgl. etwa die Erklärung und das Gutachten des Justitiars der United Nations' Correspondents As-

Menschen in Nationalchina aus bloßen Opportunitätserwägungen nach Orwells Vorbild international zu Un-Personen erklärt: mit 59 zu 55 Stimmen war der US-Antrag abgelehnt worden, ihre „Ausstoßung“ zur wichtigen Angelegenheit zu erklären; darüber hätte mit Zweidrittelmehrheit entschieden werden müssen, so daß bei Annahme des albanischen Antrags beide Regierungen in den UN vertreten gewesen wären.

Die China-Frage schien gelöst. Tatsächlich aber stehen die beiden Regierungen sich wei-

ter unversöhnlich gegenüber. Sie führen auch militärisch Bürgerkrieg und repräsentieren antagonistische Gesellschaftssysteme, die trotz der Größenunterschiede alternative chinesische Entwicklungsmodelle verwirklichen. Für beide ist Wiedervereinigung ohne Unterwerfung ein zentrales Thema: weder werden die Kommunisten auf Taiwan verzichten, noch die Nationalregierung endgültig die nationale Identität aufgeben durch Verzicht auf den Namen (und Anspruch) „Republik China“, also die irgendwann zu realisierende Rückgewinnung des Festlands⁷⁾.

Zwei Staaten in einer Nation

Seit der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 versuchen beide Regierungen, die andere zu isolieren. Bis zum Oktober 1971 bestand im großen und ganzen ein Patt. Heute haben die Kommunisten ein Übergewicht. Immer mehr Regierungen tauschen Botschafter mit Peking aus⁸⁾, auch „rechte“ wie Griechenland und Spanien. Nur Tonga und Samoa nahmen seither Beziehungen zu Taipei auf⁹⁾. Dennoch ist Nationalchi-

na — auch wegen der Wirtschaftskraft und Entwicklungshilfe¹⁰⁾ — weniger isoliert, als die Abstimmung der UN über die „größere

⁷⁾ Vgl. etwa die Erklärungen von Präsident Chiang Kai-shek zum Nationalfeiertag 1972 (NfCh 10. Oktober) und vom 23. Dezember 1972 (NfCh 23. Dezember), die Regierungserklärungen von Premierminister Chiang Ching-kuo im Legislative Yuan (Parlament) am 30. September 1972 (NfCh 30. September) und 23. Februar 1973 (NfCh 23. Februar 1973) sowie andererseits das Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs US-Präsident Nixons in Festlandchina vom 27. Februar 1972 (FAZ 28. Februar).

⁸⁾ allein im November 1972: 16. Luxemburg (Radio Peking 16. November, MD 17. November); 23. Jamaica (Hsinhua 23. November, MD 24. November); 25. Zaire (Radio Kinshasa 25. November, MD 29. November); am 27. brach Malaysia die diplomatischen Beziehungen zu Taipei ab, um sie später zu Peking aufzunehmen (Radio Johannesburg 27. November, MD 29. November); 28. Tschad (Hsinhua 28. November, MD 30. November), der am 28. auch die Beziehungen zu Israel abbrach, (DIE WELT 30. November). Der Rat der Asiatischen und Pazifischen Staaten (ASPAC), der wichtigsten asiatischen Regionalorganisation, der Nationalchina (noch) angehört, soll aufgelöst werden, da drei Mitgliedstaaten diplomatische Beziehungen zu Peking aufgenommen und die zu Taipeh abgebrochen haben (Radio Japan 19. Februar 1973, MD 20. Februar); Malaysia schied am 14. März 1973 aus; Japan erwägt die Schaffung einer neuen Organisation, welche Peking in eine regionale Zusammenarbeit einbeziehen dürfte (Radio Japan, 14. März 1973, MD 15. März); vorerst werden die untergeordneten Zentren, so das für Nahrungs- und Düngemittel in Taiwan, aber weiterarbeiten (JIJI Press 1. Juni 1973, MD 5. Juni 1973).

⁹⁾ NfCh 11. April und 31. Mai 1972.

¹⁰⁾ Vor allem Agrarhilfe in über 40 Staaten einschließlich Ausbildung von bisher 642 Afrikanern im Landreforminstitut in Taoyuan (NfCh 21. Juni und 26. Juli 1972). Insgesamt wurden bis zum 31. März 1971 7 389 Fach- und Führungskräfte aus 23 Entwicklungsländern in Taiwan ausgebildet. Am 31. Dezember 1971 waren über tausend nationalchinesische Entwicklungshelfer in der Dritten Welt tätig, darunter 14 Gruppen von Landwirtschaftsberatern in Afrika, 9 in Lateinamerika und 3 in Asien sowie 3 Gruppen der technischen Hilfe in Afrika und 2 in Asien (NfCh 11. Januar und 19. Februar 1973); am 23. November 1972 erhielt Obervolta einen Kredit von 50 Millionen CFA-Francs zum Bau einer Reismühle (Radio Ouagadougou 24. November, MD 29. November); am 4. Dezember 1972 wurde mit der Elfenbeinküste die Gewährung von technischer Hilfe vereinbart (NfCh 5. Dezember), am 24. Januar 1973 mit Kambodscha (Chinese Information Service [fortan CIS] 24. Januar, MD 8. Februar); am 11. März 1973 mit Jordanien (Radio Amman 11. März 1973, MD 13. März); am 12. März mit der Zentralafrikanischen Republik (NfCh 12. März 1973); am 16. März 1973 wurde mit Liberia der Bau einer Zuckerraffinerie und einer Maschineninstandsetzungfabrik vereinbart (NfCh 16. März 1973); gegen Konkurrenten aus Frankreich, Italien, Japan und Korea erhielt die Retired Servicemen Engineering Agency (RSEA) den Auftrag über 19,9 Mio. US-Dollar zum Bau einer 128-km-Straße auf Java/Indonesien und am 2. Februar 1973 für die 160-km-Straße von Mekka nach Al Hawiyah (Saudi-Arabien) über 17,2 Mio. US-Dollar, nachdem sie eine 112-km-Straße von Muang Loet nach Kohn Kaen in Nord-Thailand fertiggestellt hatte (NfCh 19. Dezember 1972 und 2. Februar 1973); am 25. Januar 1973 erhielt Südvietnam einen Kredit von 5 Mio. US-Dollar (CIS 25. Januar, MD 8. Februar); vgl. auch den Bericht des Beraters der Asienabteilung des Internationalen Währungsfonds, des Inders Anand G. Chandavakar, über den hohen Stand der nationalchinesischen Entwicklungshilfe, MD 24. Januar 1973, und zur Verstärkung der Entwicklungshilfemaßnahmen, NfCh 19. Februar 1973.

Realität" anzuzeigen scheint. Besonders die Staaten Südost- und Ostasiens sind für die Erhaltung eines chinesischen Gegengewichts: nur zwei stimmten gegen den US-Antrag, nur drei für den albanischen¹¹⁾. Indonesien nahm sogar mit Nationalchina, Südkorea, Kambodscha, Malaysia¹²⁾, Thailand und den USA im Oktober 1972 in Seoul an einem einwöchigen Seminar über Guerillabekämpfung teil¹³⁾, vielleicht angesichts der gesteigerten Kampfmaßnahmen seiner Kommunistischen Partei¹⁴⁾ und der Spionage Pekings¹⁵⁾. Sein Handel mit Nationalchina wuchs von 1967 bis 1972 von 12 auf 80 Mio. US-Dollar; seit 1969 gibt es eine regelmäßige Fluglinie¹⁶⁾.

Viele Staaten waren zur Zwei-China-Lösung in der UNO bereit¹⁷⁾, stießen aber auf den Widerstand auch der Nationalregierung¹⁸⁾. Seit dem Amtsantritt von Premierminister Chiang Ching-kuo — ältester Sohn und mutmaßlicher Nachfolger Chiang Kai-sheks — am 30. Mai 1972 ist insoweit eine Änderung eingetreten, denn es fehlt seither jeder Hinweis auf die Ablehnung einer solchen Politik¹⁹⁾.

Taipei geht heute aus von der Existenz zweier staatlich organisierter antagonistischer Gesellschaftsordnungen in der einen Nation China, deren Beziehungen zu Drittstaaten auf verschiedenen Ebenen unterhalten werden. Denn nach den Regeln des Völkerrechts gebe es in China derzeit zwei Regierungen, da Tai-

pei wie Peking über ein Gebiet mit eigener Bevölkerung die effektive Kontrolle ausüben, ohne daß der eine das Territorium des anderen kontrollieren könne²⁰⁾. Unumstößliche Grundsätze der Außenpolitik sind daher²¹⁾:

- laut Artikel 1 der Verfassung vom 25. Dezember 1947 ist die Republik China, gründend auf den von Sun Yat-sen erarbeiteten drei Volksprinzipien — Nationalstaat, Demokratie, Volkswohlfahrt²²⁾ —, eine demokratische Republik des ganzen Volkes, vom Volk für das Volk regiert²³⁾;
- die antikommunistische nationale Wiedervereinigung;
- die Parteinahme für die demokratischen Länder, der Wille und die Pflicht, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt zu erhalten;
- keine Kompromisse mit den Kommunisten zu schließen.

Der kompromißlose Alleinvertretungsanspruch sollte der Nationalregierung nach der Flucht in die unterentwickelte Inselprovinz Taiwan die Stabilisierung ihrer Herrschaft auf dem Restterritorium ermöglichen²⁴⁾. Der Korea-Krieg (1950—1953), die Wirren auf dem Festland nach dem „Großen Sprung nach vorn“ (1959—1962) und in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ (1966—1969) gaben ihr die Zeit dazu. Die schnell wachsende weltpolitische Bedeutung Festlandchinas nach dessen außenpolitischer Öffnung und der ungeheure Größenunterschied mußten Taipei aber bei konsequenter Fortführung dieser Politik in die völlige Isolation bringen.

Der Umschwung der nationalchinesischen Außenpolitik nach dem Amtsantritt Chiang Ching-kuos kam zu spät, um den Austritt aus der UNO zu verhindern. Die Eile, mit der Pe-

¹¹⁾ Auflistung s. in NZZ 27. Oktober 1971.

¹²⁾ Kuala Lumpur soll Geheimkontakte zu Peking aufgenommen haben (PTI/Indische Nachrichtenagentur 17. November 1972, MD 30. November, Radio Kuala Lumpur 11. Dezember 1972, MD 20. Dezember 1972).

¹³⁾ ANTARA/Indonesische Nachrichtenagentur 26. Oktober 1972, MD 27. Oktober; zur pro-nationalchinesischen Haltung s. a. ANTARA 27. Oktober 1971 und Radio Kinshasa 26. Oktober 1971, beide in MD 28. Oktober.

¹⁴⁾ ANTARA 20. November 1972, MD 21. November.

¹⁵⁾ Radio Djakarta 17. November 1972, MD 28. November 1972.

¹⁶⁾ NfCh 26. Juli 1972.

¹⁷⁾ Vgl. etwa Radio Lagos/Nigeria 4. August 1971, MD 5. August 1971.

¹⁸⁾ Erklärungen UN-Botschafters Liu Chieh in der Vollversammlung am 25. Oktober 1971 (NfCh 25. Oktober) und des Außenministeriums vom 30. April 1971 (NfCh 1. Mai 1971).

¹⁹⁾ Erste Regierungserklärung am 30. Mai 1972 (NfCh 30. Mai 1972); das gilt auch für den Jahresrückblick 1972 Chiang Kai-sheks (NfCh 30. Dezember 1972); s. a. das Interview Chiang Ching-kuos mit UPI am 22. Januar 1973 (NfCh 22. Januar) und Regierungserklärungen vom 1. u. 23. Februar 1973 (NfCh 2. u. 23. Februar 1973).

²⁰⁾ Erstmals ausdrücklich so Miao Pei-chi, Direktor der Europaabteilung des Außenministeriums, am 12. Oktober 1972 gegenüber dem Korrespondenten der SZ (SZ 13. Oktober 1972).

²¹⁾ Regierungserklärung Chiang Ching-kuos vom 30. September 1972.

²²⁾ Im einzelnen Dr. Sun Yat-sen (Gründer der Republik China am 10. Oktober 1911), San Min Chu I, The Three Principles of the People, Taipei o.J.

²³⁾ Constitution of the Republic of China, Taipei 1959.

²⁴⁾ Noch im Herbst 1958 etwa meinte der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Herausgeber der DIE ZEIT, Gerd Bucerius, auf einer Tagung der Jungen Union im Haus Rissen (Hamburg), vernünftigerweise solle Taiwan den Kommunisten übergeben werden.

king möglichst viele Staaten auf seine Version der Ein-China-Politik festlegen will, schließt zudem aus, daß Taipei seine Kontakte auf die Staaten beschränkt, zu denen diplomatische Beziehungen bestehen.

Zwar beendet die Nationalregierung noch heute die diplomatischen Beziehungen zu jedem Land, das Peking anerkennt. Sie werden seit 1971 aber oft nur „suspendiert“²⁵⁾ oder die Botschaft wird geschlossen²⁶⁾. In wenigen Fällen, so bei Japan, werden die Beziehungen formell abgebrochen²⁷⁾. Zunehmend werden jedoch unter der diplomatischen Ebene neue Formen der Auslandsvertretung aufgebaut²⁸⁾, ganz gleich ob die Länder Beziehungen zu Peking haben oder nicht.

In Taipei entstanden dafür ein interministerieller Ausschuß zur Abwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie im Handelsministerium fünf Regionalabteilungen zur Förderung des Handels mit den Ländern, zu denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen²⁹⁾.

Die bisher wichtigste Entwicklung war der Vertrag mit dem Senegal am 1. Mai 1972 über die Errichtung des Büros für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Ausdrücklich ersetzt es die im Dezember 1971 nach der Anerkennung Pekings durch Dakar geschlossene Botschaft³⁰⁾. Das Umgekehrte könnte sich in Thailand ergeben. Dieses will Beziehungen zu beiden chinesischen Regierungen. Es denkt zunächst an ein Büro Pekings bei der ECAFE in Bangkok und ein thailändisches Verbindungsbüro in Peking, ohne die diplomatischen Beziehungen mit Taipei abzubauen. Außerdem sollen Handelsbeziehungen zu Peking hergestellt werden. Sogar Süd-

korea hat offensichtlich seine Bereitschaft zu Gesprächen mit Peking über den Festlandsockel erklärt — unter Beibehaltung der engen Beziehungen zu Taipei — und ist an der Aufnahme von Handelsbeziehungen als erstem Schritt zur endgültigen Verbesserung der Gesamtbeziehungen interessiert³¹⁾.

Die anderen Büros haben zumeist offiziösen Charakter. So gibt es Niederlassungen des Regierungsinformationsamts unter anderem in Bonn und London sowie ein Tourismusbüro für zunächst ganz Europa in Frankfurt/Main³²⁾. Hier unterhält der dem Rat für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstehende Central Trust of China seit 1963 das China Trade and Productivity Center. Im April 1972 wurde ein offizielles CIECD-Büro eingerichtet; ähnliche Büros gibt es in den Niederlanden, Italien und Spanien³³⁾.

Am 7. März 1972 wurde in Brüssel das Büro des Far East Trade Service eröffnet³⁴⁾, das im Mai 1972 Nationalchinas Teilnahme an der Brüsseler Internationalen Messe organisierte³⁵⁾. Ähnlichen Zwecken dient das seit dem 1. Juli 1972 in Singapur bestehende Ausstellungs- und Dienstleistungszentrum³⁶⁾. Als Ersatz für die nach der Anerkennung Pekings durch Argentinien geschlossene Botschaft wurde am 15. August 1972 in Buenos Aires ein Handelsbüro eingerichtet³⁷⁾.

Die privaten (non-government) Organisationen wurden aufgefordert, an möglichst vielen internationalen Maßnahmen teilzunehmen zur Förderung der Diplomatie von Volk zu Volk. So gründeten am 21. März 1973 zweihundert Delegierte aus Hongkong, Indonesien, Japan, Malaysia, den Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand und Nationalchina die Asian Small Business League (ASBL). Taipei wird Sitz eines Asiatischen Handelszentrums dieser ASBL werden³⁸⁾.

²⁵⁾ So zur Türkei, dem Iran und Belgien (NfCh 5. und 17. August und 26. Oktober 1971).

²⁶⁾ So in Mexiko, Ekuador, Togo, Jamaika und Spanien (NfCh 18. und 19. November 1971, 5. Oktober und 2. November 1972, 12. März 1973); die Botschaft im Tschad wurde am 27. Dezember 1972 geschlossen, fast einen Monat, nachdem dieser Peking am 28. November anerkannt hatte (NfCh 27. Dezember 1972).

²⁷⁾ NfCh 29. September, 22. Dezember 1972; zu Dahomey wurden die Beziehungen abgebrochen und die Botschaft in Cotonou neun Tage nach Anerkennung Pekings geschlossen (NfCh 27. Januar 1973), ebenso zu Australien und Neuseeland.

²⁸⁾ Vgl. die Regierungserklärungen von Vizepräsident und Premierminister Yen Chia-kan am 7. und 18. Februar 1972 (NfCh 7. und 18. Februar) sowie von Premierminister Chiang Ching-kuo am 30. September 1972.

²⁹⁾ NfCh 26. Februar 1972.

³⁰⁾ NfCh 2. Mai 1972.

³¹⁾ Bangkok Post 26. März 1973, MD 6. April 1973; The Nation, Bangkok, 2. April 1973, MD 30. April 1973; Radio Bangkok 23. März 1973, MD 29. März 1973.

³²⁾ NfCh 18. November 1971.

³³⁾ NfCh 27. April 1972.

³⁴⁾ NfCh 9. März 1972.

³⁵⁾ NfCh 3. Mai 1972.

³⁶⁾ NfCh 1. Juni 1972.

³⁷⁾ Schriftliche Antwort der Regierung an den Abgeordneten Wu Wang-chi am 14. Dezember 1972 (NfCh 15. Dezember 1972).

³⁸⁾ NfCh 6. März 1973.

Nationalchinas Beziehungen zu Japan

Auch zu Japan wurden die Kontakte nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking am 29. September 1972 nicht völlig abgebrochen. Am 7. November erklärte Außenminister Masayoshi Ohira, Tokio und Taipei seien übereingekommen, eine Verbindungsstelle für Handels- und andere inoffizielle Kontakte aufrechtzuerhalten; Peking habe dem stillschweigend zugestimmt³⁹⁾. Noch heute arbeiten im übrigen beide Regierungen mit denen der Philippinen, Südkoreas, Südvietnams und Thailands sowie der US Agency for International Development in Asian Vegetable Research and Development Center in Shanhua (Taiwan) zusammen. Am 1. Dezember 1972 wurde von Industriellen und anderen namhaften Personen des öffentlichen Lebens beider Länder unter der Präsidentschaft von Taizo Horikoshi in Tokio die Japan-Republic of China-Interchange-Association (JROCIA), die Koryu Kyokai, gegründet. Sie soll Handels- und Konsulardienste wahrnehmen⁴⁰⁾. Leiter des Büros in Taipei ist Osamu Itagakis, der bis zum März 1971 der zunächst vorletzte Chef der dort am 1. Oktober 1952 eröffneten japanischen Botschaft war⁴¹⁾; ein weiteres Büro soll in Kao-schiung errichtet werden⁴²⁾.

Parallel dazu entstand am 2. Dezember 1972 auf Initiative von Geschäfts- und Industriekreisen in Taipei eine sino-japanische Vereinigung mit entsprechenden Funktionen, die East Asia Relations Association, unter der Führung von Mah Soo-lay; sie wird Zweigbüros in Tokio, Osaka und Fukuoka erhalten⁴³⁾. Schon in den ersten drei Tagen nach der Eröffnung am 4. Januar 1973 stellte das EARA-Büro in Tokio über tausend Visa aus⁴⁴⁾.

Beide Büros haben am 26. Dezember 1972 einen Kooperationsvertrag zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen abgeschlossen⁴⁵⁾. Weitere Verträge über Fragen des Handels, der Schifffahrt, Fischerei

und technischer Kooperation stehen bevor⁴⁶⁾.

Wie schon früher bis Ende September 1972 das „Memorandum-Handelsbüro“, das bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Tokios zu Peking der Aufrechterhaltung der inoffiziellen Kontakte Japans zu Festlandchina diene, wird die JROCIA unter dem Dach der Ministerien für Äußeres, für Industrie und Handel sowie der staatlichen Außenhandels-gesellschaft aus öffentlichen Mitteln finanziert und ist mit „ausgeliehenen“ öffentlichen Bediensteten besetzt, unter ihnen der Leiter der JROCIA, Osamu Takahashi, aus dem Industrie- und Handelsministerium.

Demnächst soll in Tokio eine nationalchinesische Handelsmission eröffnet werden⁴⁷⁾; schon im Sommer 1972 war eine Filiale des Far East Trade Service Center gegründet worden⁴⁸⁾. Außerdem entsteht in Tokio zur Aufrechterhaltung der kulturellen Beziehungen für Wissenschaftler und Politiker die Sino-Japanese Cultural Interchange Association⁴⁹⁾. Daneben bestehen weitere Verbände, so die Organisation for Industrial, Spiritual and Cultural Association (OISCA-International) unter Hidezo Inaba, die neben der Niederlassung in Taipei solche in Bangladesch, Ceylon, Indien, Indonesien, den Philippinen und Singapur unterhält⁵⁰⁾. Am 14. März 1973 entstand in Tokio die Japanisch-Nationalchinesische Parlamentarische Vereinigung mit 132 der 287 Unterhausabgeordneten der regierenden Liberaldemokratischen Partei, die zur Beibehaltung und Förderung der freundschaftlichen Beziehungen und zur Kooperation zwischen den beiden Staaten beitragen soll.

Für Tokio ist bei der Herstellung dieser vielfältigen Beziehungen entscheidend, daß das Handelsvolumen mit Nationalchina in den ersten zehn Monaten 1972 mit 1,117 Mill. US-Dollar und einem Exportüberschuß von 517 Mio. US-Dollar das mit Festlandchina von 1971 von 901 Mio. US-Dollar weit übertraf, weiter steigt und sich kaum vermindern wird⁵¹⁾. Wirtschaftliche Überlegungen be-

³⁹⁾ Radio Japan 7. November 1972, MD 7. November 1972.

⁴⁰⁾ DIE WELT 29. November 1972, Radio Japan 4. Dezember 1972, MD 5. Dezember 1972; s. a. Wulf Küster, Durch die Hintertür nach Taipeh, Rheinischer Merkur 9. Februar 1973.

⁴¹⁾ NfCh 1. Dezember 1972.

⁴²⁾ NfCh 27. Dezember 1972.

⁴³⁾ NfCh 4. Dezember 1972.

⁴⁴⁾ NfCh 8. Januar 1973.

⁴⁵⁾ NfCh 27. Dezember 1972.

⁴⁶⁾ Rheinischer Merkur 9. Februar 1973.

⁴⁷⁾ Radio Japan 1. Dezember 1972, MD 4. Dezember 1972.

⁴⁸⁾ NZZ 8. November 1972.

⁴⁹⁾ NfCh 18. Januar 1973, 19. Dezember 1972.

⁵⁰⁾ Radio Japan 15. März 1973, MD 16. März 1973.

⁵¹⁾ Steigerungsrate des Außenhandels mit Nationalchina 1972 20%, JIJI Press, 22. Februar 1973, MD

stimmen daher auch die Verhandlungen mit Peking über Wirtschafts- und Verkehrsfragen einschließlich eines Luftfahrtabkommens: die Fluglinie der Japan Air Lines nach Taipei, das 37mal pro Woche angefliegen wird (Passagieraufkommen rund tausend pro Tag), ist die lukrativste Japans und kann durch Flüge

nach Festlandchina nicht aufgewogen werden⁵²). Da sie laut Mitteilung von Außenminister Ohira an das japanische Kabinett vom 20. März 1973 beibehalten werden soll, was Peking nicht wünscht, wurden die Gespräche am 2. Mai 1973 auf zunächst unbestimmte Zeit vertagt⁵³).

Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur ganzen Welt

Die Handelsbeziehungen zur ganzen Welt werden intensiviert, Investitionen aus allen Ländern gefördert, solange sie der Wirtschaft nützen⁵⁴). Handels- und Investitionsbeschränkungen gibt es daher auch nicht für nicht-kommunistische Staaten, zu denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen oder die solche zu Peking haben⁵⁵).

Deshalb bahnt sich auch in den Beziehungen zu Australien eine ähnliche Entwicklung an wie im Falle Japans. Nach der Amtsübernahme des neuen Labour-Premierministers Edward Gough Whitlam nahm Canberra am 22. Dezember 1972 diplomatische Beziehungen zu Peking auf; dabei übernahm es voll den Anspruch der Sinokommunisten auf Taiwan⁵⁶). Dennoch will es nicht-offizielle Handelsbeziehungen zu Taipei weiter unterhalten⁵⁷).

Das Außenhandelsvolumen Nationalchinas ist seit 1972 größer als das Festlandchinas und wuchs 1971/72 um 48,2 0/0; zu 82 0/0 umfassen die Exporte Industrieprodukte⁵⁸), auch

zur Bundesrepublik⁵⁹), deren drittgrößter asiatischer Lieferant nach Japan und Hongkong es seit 1972 mit Exporten von DM 412 955 000 ist. Im ersten Vierteljahr 1973 wuchs das Außenhandelsvolumen um 31,1 0/0 auf US-Dollar 1 439 Mio; für 1973 wird mit insgesamt US-Dollar 8 430 Mio. und einem Exportüberschuß von US-Dollar 490 Mio. gerechnet^{59a}).

In der Liste der Welthandelsländer stand Nationalchina 1971 an 26., 1972 an 19. Stelle⁶⁰). Auch Staaten, die erst kürzlich Botschafter mit Peking ausgetauscht haben, nahmen am Boom teil. So stieg Kanadas Außenhandel 1971 um 87,5 0/0 auf 132 Mio. US-Dollar bei einem Exportüberschuß Nationalchinas von 100 Mio. US-Dollar⁶¹); am 3. Januar 1973 wurde der von Kanada gelieferte größte Atomreaktor in Taiwan im Institut für Kernenergie der Atom-Energie-Kommission „kritisch“⁶²).

Die Auslandsinvestitionen⁶³) gingen nach dem Austritt aus der UNO nicht zurück, die Kapitalflucht blieb aus. Mit 163 Mio. US-Dollar und einem Zuwachs von 27 0/0 erreichten sie 1971 einen Höchststand⁶⁴). 1972 waren es zwar nur 130 Mio. US-Dollar⁶⁵), die Kredite der Entwicklungsbanken stiegen dafür aber schon bis Oktober um 326 Mio. US-Dollar⁶⁶).

23. Februar 1973; NZZ 22. April 1973; im ersten Vierteljahr 1973 betrug der Außenhandel bereits 401 Millionen US-Dollar mit einem Exportüberschuß Japans von 113 Millionen US-Dollar, NfCh 3. Mai 1973.

⁵²) Radio Japan 15 und 27. November 1972, MD 16. und 28. November 1972.

⁵³) Radio Japan 2. Mai 1973, MD 4. Mai 1973.

⁵⁴) Schriftliche Antwort der Regierung an den Abgeordneten Cheng Lieh am 14. Dezember 1972 (NfCh 15. Dezember 1972).

⁵⁵) Erklärung des Regierungsinformationsamts am 6. März 1972 (NfCh 6. März 1972).

⁵⁶) „Die australische Regierung anerkennt die Regierung der Volksrepublik China als einzige legale Regierung Chinas und nimmt die Auffassung der chinesischen Regierung zur Kenntnis, daß Taiwan eine Provinz der Volksrepublik China ist, und hat beschlossen, ihre offizielle Vertretung aus Taiwan vor dem 25. Januar 1973 abzuziehen.“ NfCh 22. Dezember 1972.

⁵⁷) NZZ 8. Dezember 1972.

⁵⁸) Von 4,08 auf 5,77 Mill. US-Dollar (1960: 0,4, 1963: 0,7, 1965: 1,0, 1967: 1,5, 1968: 1,8, 1970: 3 Mill. US-Dollar), Exportüberschuß 260 Mio. US-Dollar (NfCh 28. Dezember 1972); Devisenreserven 1,5 Mill. US-Dollar (NfCh 16. November 1972); Au-

ßenhandel Festlandchinas 4,7 Mill. US-Dollar (Export 2,4, Import 2,3 Mill. US-Dollar); vgl. Frankfurter Rundschau (fortan FR) 10. Januar 1973.

⁵⁹) NfCh 27. Juni 1972; s. a. a. O. 27. Januar, 4. und 26. Mai 1972.

^{59 a}) NfCh 25. April, 8. Mai 1973.

⁶⁰) NfCh 12. Oktober 1972.

⁶¹) NfCh 27. Januar 1972.

⁶²) NfCh 4. Januar 1973.

⁶³) Gesamtinvestitionen 1960/71 800 Mio. US-Dollar (NfCh 29. November 1972), davon von Ausländern bis September 1970 216 Mio. US-Dollar (NfCh 13. November 1972).

⁶⁴) NfCh 27. Dezember 1971, 25. Januar 1972.

⁶⁵) NfCh 6. und 13. Dezember 1972. Davon von Ausländern 25 Mio. US-Dollar (1971: 37 Mio. US-Dollar), NfCh 11. Januar 1973.

⁶⁶) NfCh 7. November 1972; so gab die US-Export-Import-Bank der Taiwan-Power-Company am 15. Dezember 1972 einen Kredit von 34,56 Mio. US-Dollar für ein Wärmekraftwerk (NfCh 15. Dezem-

Für 1973 sind für den Bau einer Goßwerft für Tanker bis zu 130 000 tdw in Kaoshiung allein 100 Mio. US-Dollar von britischen Investoren vorgesehen⁶⁷⁾. Von drei liberianischen und einer US-amerikanischen Firma werden 1973 in die China Shipbuilding Corporation in Kaoshiung 12,375 Mio. US-Dollar investiert; weitere 15,125 Mio. US-Dollar investiert die Regierung. Schon 1975 soll unter anderem der erste von zehn 360 000 tdw-Großtankern abgeliefert werden.

Nach vorübergehender Zurückhaltung um die Jahreswende 1971/72 nahmen die Japaner den Handel und die Investitionen bald wieder auf⁶⁸⁾. Die Nationalregierung versucht allerdings, die starke Abhängigkeit von den Japanern abzubauen und schränkt vor allem die Importe von Investitionsgütern von dorthin ein⁶⁹⁾. Vor allem der Handel mit den USA, Kanada und Europa — hier bestehen in der Regel positive Handelsbilanzen — soll verstärkt werden. Mit insgesamt 115 Mio. US-Dollar überstiegen die westeuropäischen Investitionen schon Anfang 1973 die Japans von 110 Mio. US-Dollar. Mit einer Verdoppelung des Westeuropahandels von 1972 (563 Mio. US-Dollar) wird bis 1977 gerechnet. Dem diene auch die zweite Europäische Industriemaschinen-Ausstellung vom 21. Februar bis 5. März 1973 in Taipei; daran nahmen 46 Firmen teil, aus der Bundesrepublik unter anderem AEG, Telefunken, DEMAG und Klöckner-Humboldt-Deutz^{69a)}.

ber 1972); einen weiteren Kredit erhielt die Taipower von dieser Bank am 16. Oktober 1972 über 173 Mio. US-Dollar (NfCh 16. Oktober 1972); insgesamt erhielt Nationalchina von der Export-Import-Bank 1972 385 Mio. US-Dollar (Japan 532, Iran 235, Australien 213, Malaysia 42, Philippinen 30, Singapur 26 Mio. US-Dollar); vgl. NfCh 3. Oktober 1972.

⁶⁷⁾ NfCh 6. Dezember 1972

⁶⁸⁾ So erhielt Mitsubishi Heavy Industries von der japanischen Export-Import-Bank einen Kredit von 50 Mio. US-Dollar für die Beteiligung am Bau des Kernkraftwerks in Nord-Taiwan, NfCh 15. Juni 1972; der Auftrag wurde im Januar 1973 rückgängig gemacht, da nach dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zu Tokio die Handelsströme umgelenkt und zweitens entsprechende Lieferungen aus den USA besser und preiswerter seien, CIS 25. Januar 1973, MD 9. Februar.

⁶⁹⁾ Investitionsgüterimporte aus Japan sollen auf 20 000 US-Dollar je Auftrag beschränkt werden. Deshalb wurde etwa der Stahlplattenimport, von dessen Gesamtvolumen von 52,65 Mio. US-Dollar Japan 1971 97 % geliefert hat (1970: 94 %), stark auf Australien verlagert, NfCh 6. November 1972.

^{69 a)} NfCh 21. Februar, 23. Februar, 1. März und 17. April 1973.

Auch die japanischen Touristen, die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Peking zu Tokio am 29. September 1972 zunächst ausbleiben schienen, kommen wieder so zahlreich wie früher⁷⁰⁾ (1972 55 % der rd. 580 000 ausländischen Besucher⁷¹⁾).

Die staatlichen österreichischen Stahlwerke VOEST vereinbarten am 2. November 1971 mit der staatlichen China Steel Corporation unter Beteiligung des nationalchinesischen Wirtschaftsministeriums den Bau und die Finanzierung des ersten Stahlwerks mit einer Jahreskapazität von 1,3 Mio. Tonnen in Taiwan⁷²⁾, obwohl Wien am 27. Mai 1971 diplomatische Beziehungen zu Peking hergestellt und am 30. Juli und 25. Oktober 1972 Handelsverträge abgeschlossen hat⁷³⁾.

Den Auftrag mit einem Volumen von 66 Mio. US-Dollar sollte schon 1965 der deutsche Klöckner-Konzern erhalten. Bonn lehnte aber eine Hermes-Bürgschaft ab, die 1966 die DEMAG für ein Kaltwalzstahlwerk in Festlandchina erhielt. Wird es bei den Investitionen für das Kernkraftwerk in Nord-Taiwan⁷⁴⁾ ähnlich sein, da Außenminister Scheel am 13. März 1972 Hermes-Bürgschaften für Taiwan ausschloß?⁷⁵⁾

Ford beschloß am 21. November 1972, 36,3 Mio. US-Dollar in eine Kfz-Montage-Fabrik für vier verschiedene Modelle zu investieren; die Kraftwagen sollen auch in andere asiatische Länder exportiert werden⁷⁶⁾. Damit werden die Japaner verdrängt, die seit Beginn der sechziger Jahre aufgrund eines Vertrages mit der Yue Long Motor Corporation Datsuns montieren. Nach Vorgesprächen Anfang 1972 will auch VW ein Zweigwerk errichten, das 1975 mit der Produktion beginnen soll⁷⁷⁾.

⁷⁰⁾ NfCh 13. Dezember 1972.

⁷¹⁾ 1972: 580 033 (1971: 536 000), davon Japaner 277 704, Auslandchinesen 90 318 (NfCh 8. Januar 1973); im ersten Vierteljahr 1973: 169 095 (Zuwachs 7,1 %), davon Japaner 94 209 (Rückgang 7,5 %), Auslandschinesen 24 388 (NfCh 16. April 1973). Tourismus ist der viertgrößte Devisenbringer (NfCh 28. April 1973).

⁷²⁾ NfCh 2. November 1971.

⁷³⁾ SZ 31. Juli 1972, NZZ 9. November 1972.

⁷⁴⁾ NfCh 7. März 1972.

⁷⁵⁾ Handelsblatt, Düsseldorf 14. März 1972.

⁷⁶⁾ NfCh 30. April 1973.

⁷⁷⁾ IFA 2. November 1972.

Nationalchinas Verhältnis zu den USA

Von den wichtigen Staaten unterhalten nur noch die USA diplomatische Beziehungen zu Taipei. Das ist zugleich das Haupthindernis der Annäherung an Peking: die USA sollen ihre Truppen aus Taiwan zurückziehen und Taiwan aus dem Schutz der 7. Flotte entlassen. Dann soll Taiwan, wie auch immer, „befreit“ werden.

Obwohl die USA noch 1971 in der UNO eine Zwei-China-Politik betrieben und im April 1971 Taiwans Status ungeklärt nannten⁷⁸⁾, erklären sie nun, es gehöre nach Meinung aller Chinesen zu China, es gebe nur ein China, die Taiwan-Frage müsse als inneres Problem in direkten Verhandlungen Pekings mit Taipei gelöst werden; und sie verpflichten sich grundsätzlich zum stufenweisen Truppenabzug nach Abbau der innerchinesischen Spannungen⁷⁹⁾.

Nixon veränderte die China-Politik der USA grundlegend durch die Inaussichtnahme eines Disengagements gegenüber Nationalchina. Das US-Engagement dient heute vor allem zur Verhinderung einer gewaltsamen Lösung und erscheint so als Einmischung in den chinesischen Bürgerkrieg. Das war völkerrechtlich vertretbar, solange die Nationalregierung als (eine) legale Regierung Chinas anerkannt wurde. Jetzt ist es ein Verstoß gegen die fünf Prinzipien von Bandung, auf die im Abschlußkommunique zum Nixon-Besuch Bezug genommen wurde.

Peking scheint bereit, die partielle Sonderverbindung der USA zu Taipei vorerst hinzunehmen. Sein Ziel ist aber das totale Disengagement der USA und das Ende des sino-amerikanischen Beistandspakts vom 2. Dezember 1954. Der aber hat für Nationalchina schon viel Gewicht verloren, wenn Nationalchina offiziell geraten wird, sich mit seinem Hauptfeind zu arrangieren.

Nixon wird vorgeworfen, er habe ohne Gegenleistung einseitige Konzessionen gemacht:

⁷⁸⁾ Am 28. April 1971 erklärte Charles Bray, Pressesprecher im Außenministerium, die Souveränität über Taiwan sei ungeklärt; es müsse dafür noch eine internationale Regelung gefunden werden (NfCh 1. Mai 1971).

⁷⁹⁾ Abschlußkommunique zum Nixon-Besuch in Festlandchina; das japanische Verteidigungsamt nannte Ende 1972 in einem Geheimpapier über die strategische Lage in Asien die Taiwan-Straße einen potentiellen Spannungsherd (MTI/Ungarische Nachrichtenagentur 2. Dezember 1971, MD 5. Dezember 1971).

Taiwan sei de jure (rot)chinesisches Gebiet, nur die Modalitäten der „Befreiung“ seien offen. Der Widerstand dagegen kommt nicht nur von rechten Republikanern. Schon im August 1971 lehnte der Vorstand der American Federation of Labor — Congress of Industrial Organizations mit 24 zu 4 Stimmen Pekings Aufnahme in die UNO ab⁸⁰⁾. Am 29. Oktober 1971 wies dann der Senat die Aufhebung der Formosa-Resolution vom Januar 1955 mit 43 zu 40 Stimmen zurück, die Quemoy und Matsu in den Beistandspakt von 1954 einschloß⁸¹⁾.

Der (demokratische) Sprecher des Repräsentantenhauses Carl Albert erklärte zuletzt im Januar 1972, er werde Taiwans Aufgabe nicht dulden⁸²⁾. Schon im August 1971 hatte er mit 52 (der 435) Abgeordneten in Taipei die Nationalregierung seiner Unterstützung versichert⁸³⁾. Vielleicht hat Peking ihn darum nicht mit seinem Stellvertreter Hale Boggs, dem Fraktionsvorsitzenden im Senat und dem der Republikaner im Repräsentantenhaus, eingeladen. Bis zum 11. Mai 1973 erklärten 49 Mitglieder des Repräsentantenhauses beider Parteien sich für die weitere Unterstützung Taipeis, das nicht den Beziehungen zu Peking geopfert werden dürfe^{83a)}.

Eine zusätzliche politische Lebensversicherung sind auch die großen US-Investitionen, deren klarster Beweis die rasche Zunahme von Filialen von Großbanken ist⁸⁴⁾, und der sino-amerikanische Handel. 1972 erreichte er mit 2 094 Mio. US-Dollar das Zehnfache dessen mit der Sowjetunion; in Taipei soll daher das dritte US-Handelszentrum in Asien nach denen in Tokio und Bangkok errichtet werden⁸⁵⁾.

⁸⁰⁾ NfCh 10. August 1971.

⁸¹⁾ NfCh 29. Oktober 1971.

⁸²⁾ NfCh 29. Januar 1972.

⁸³⁾ NfCh 16. August 1971.

^{83 a)} NfCh 12. Mai 1973.

⁸⁴⁾ Sechs Großbanken sind derzeit in Taipei: die Chase Manhattan Bank, die Bank of America, die First National City Bank of New York, die American Express, die Continental Illinois Bank of Chicago und Irving Trust of New York; die Chemical Bank of New York und die Bank Trust Company of New York werden 1973 folgen (NfCh 23. März 1973); s. a. Anm. 76. Die Subvention von weiteren 125 Mio. US-Dollar wurde am 27. Februar 1973 vereinbart (NfCh 28. Februar 1973).

⁸⁵⁾ NfCh 6. Dezember 1972; Exportüberschuß Nationalchinas 288,7 Mio. US-Dollar (NfCh 6. Februar 1973).

Nixons Anhänger meinen, Peking wolle nur eine US-Hilfe für ein unabhängiges Taiwan verhindern. Die USA würden eine „Befreiung“ aber nicht dulden, hätten sie doch oft, zumal in Vietnam, für das Selbstbestimmungsrecht gekämpft. Dem wird derzeit weiteres Gewicht verliehen, verbal⁸⁶⁾ und durch die Fortdauer der Patrouillen von Einheiten der 7. Flotte in der Taiwan-Straße^{86b)}, durch die Verlegung von Kampftruppen zu den bisher rund 8 900 Mann Logistik-Truppen⁸⁷⁾. Das US-Außenministerium gab außerdem am 12. Februar 1973 bekannt, daß Nationalchina und die USA die Montage von Northrop F 5 E Düsenjägern (Freedom Fighters) in Taiwan vereinbart haben. Zur gleichen Zeit kehrte Henry Kissinger aus Peking zurück.

Die neue Zwei-China-Politik Taipeis zwingt die USA zur Neuformulierung der heutigen Politik, denn die Prämissen des Kommuniqués von Shanghai sind nun falsch. Das Ergebnis steht noch aus, und es muß sich zei-

gen, ob es gegenüber Peking durchgehalten werden wird.

Es muß sich insbesondere zeigen, ob die — zusätzlich zur nationalchinesischen Botschaft in Washington — vereinbarten Verbindungsbüros in Peking und Washington, ständige Regierungsdelegationen mit diplomatischem Rang, nicht nur Vorstufen zu Botschaften, sondern zu einer echten Doppelvertretung sind. Denn Chou En-lai erklärte am 27. Februar 1973 vor einer japanischen Delegation, alles werde geregelt sein und man werde sich die Hände reichen können, „wenn die Amerikaner anerkennen, daß Taiwan eine chinesische Provinz ist“. Hingegen ist die Erklärung Taipeis, diese Vereinbarung sei null und nichtig, kaum mehr als eine Pflichtübung. Wie kompromißbereit Peking bei eigenem, auch wirtschaftlichem Nutzen allerdings sein kann, beweisen seine langjährigen wirtschaftlichen Beziehungen — meist via Hongkong — zur Südafrikanischen Union.

Taipeis Verhältnis zu Osteuropa einschließlich der Sowjetunion

Am 7. März 1972 erklärte Außenminister Chow Shu-kai, der Austritt aus der UNO erlaube der Nationalregierung, trotz der ideologischen Gegnerschaft zum Kommunismus, nun Beziehungen zu den Peking-feindlichen kommunistischen Ländern herzustellen⁸⁸⁾. Die Kontakte waren nie ganz abgebrochen worden, trotz auch militärischer Zusammenstöße im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten⁸⁹⁾. In der UNO verlief die Zusammenarbeit seit 1951 reibungslos.

Die Kontakte wurden mit der Verschärfung des Moskau-Peking-Konflikts noch enger.

⁸⁶⁾ Erklärung des US-Außenministeriums am 27. November 1972 (NfCh 28. November 1972), US-Außenminister William Rogers am 16. Februar 1973 (NfCh 16. Februar 1973) und Präsident Nixons gegenüber Vizepräsident Yen Chia-kan am 6. Januar 1973 (NfCh 6. Januar 1973).

⁸⁷⁾ Anfang November 1972 wurde die 18th Tactical Fighter Wing mit 36 Phantom-Düsenjägern, 100 Piloten und 900 Mann Bodenpersonal von Okinawa nach Taiwan verlegt (NfCh 20. November 1972).

⁸⁸⁾ NfCh 7. März 1972.

⁸⁹⁾ Am 23. Juni 1954 wurden der mit Düsenjägertriebstoff beladene sowjetische Tanker „Tuapse“ (heute „Kuai Chi“ in der Nationalmarine), 1954 der polnische Frachter „Prezydent Gottwald“ und der polnische Tanker „Praca“ aufgebracht (NAUTICUS 1962, S. 55).

Schon Anfang der sechziger Jahre wollte die Rostocker Deutsche Seerederei den Liniendienst nach Keelung aufnehmen, was nur am Widerspruch der Nationalregierung scheiterte⁹⁰⁾. 1970 und 1971 kam als inoffizieller Botschafter Moskaus der „Journalist“ Victor Louis zu Geheimgesprächen nach Taipei, denen Verhandlungen zur vertraglichen Regelung der Handelsbeziehungen folgen sollen; in Taipei wurde ein Büro der Aeroflot eröffnet⁹¹⁾ und in Kaoshiung werden sowjetische Schiffe verschrottet⁹²⁾. Anfang März 1972 berichtete „Nowoje Wremja“ über die Nominierung Chiang Kai-sheks zum Präsidentschaftskandidaten der Kuomintang und nannte sie „die herrschende Partei auf Taiwan“⁹³⁾.

Am 5. März 1972 erlaubte die Nationalregierung dann den ausländischen Investoren „wegen der veränderten Weltlage“ ohne zusätzliche Zölle oder Steuern nach Osteuropa zu

⁹⁰⁾ Laut Auskunft des damaligen Leiters des Freichina-Informationsdienstes in Bad Godesberg, Doemou Guan, im Januar 1967.

⁹¹⁾ Zu beidem: Nachrichtendienst „rsi“, Bonn 7. März 1972.

⁹²⁾ Marinerundschau, Frankfurt 1972, Heft 1/2, S. 125.

⁹³⁾ NZZ 27. März 1972.

liefern; die Importbeschränkungen wurden aufgehoben⁹⁴). Am 21. Februar 1972 erklärte der Direktor des Tourismusbüros im Verkehrsministerium, Wellington Y. Tsao, Personen mit Visa osteuropäischer Staaten dürfen nach Taiwan einreisen⁹⁵). Seit dem 1. August 1972 können Touristen aus allen

Staaten die Insel mit Gruppenvisum besuchen, die der Republik China nicht feindlich gesonnen sind; als feindlich gelten nur Festlandchina, Nordkorea und Nordvietnam⁹⁶). Die übrigen Ostblockstaaten sind wie mehrere Länder der Dritten Welt „nichtbefeundet“⁹⁷).

Wiedervereinigung Chinas?

Wie alle Futurologie muß die Antwort spekulativ sein. Sicher aber ist Chinas Wiedervereinigung nicht durch Verhandlungen der heutigen Machthaber zu erreichen. Immer wieder wird zwar von Geheimkontakten⁹⁸) auch Chiang Ching-kuos geredet. Dazu trägt bei, daß Soong Ch'ing-ling, Schwägerin Chiang Kai-sheks, Vizepräsidentin in Peking ist. Die Gerüchte sind aber grundlos.

Die Nationalregierung lehnt Verhandlungen mit den Kommunisten kategorisch ab⁹⁹) und hält deren Vereinbarungen mit Dritten — etwa den USA oder Japan¹⁰⁰) — für null und nichtig. Das Mißtrauen ist trotz oder vielleicht wegen mancher familiärer oder persönlicher Beziehungen zu groß. Das gilt zumal für einen Vorschlag, der fast ganz dem Status der Autonomen Region Tibet von 1951¹⁰¹) entspricht. Auch Versicherungen, die Festlandflüchtlinge würden bei freiwilliger Heimkehr nicht diskriminiert¹⁰²), werden nicht geglaubt.

China solle ähnlich den alten Autonomie- oder Suzeränitätsformen wiedervereinigt werden, wie sie etwa bis 1911 zwischen den Manchu-Kaisern sowie der Mongolei und Tibet bestanden. Taiwan soll mit den Pescadore — aber ohne Quemoy und Matsu — eine autonome Region der Volksrepublik werden, welche die Außenbeziehungen wahrnimmt. Es erhält für zehn Jahre eine auf Provinzgröße verkleinerte, von den Kommunisten ausgerüstete und ausgebildete Armee. Sein Präsident, mit einem Revolutionskomitee und einer Koalitionsregierung aus Kommunisten und reorganisierter Kuomintang, wird Vizepräsident Volkschinas und stellvertretender Armeebefehlshaber.

Die Kommunisten intensivieren dennoch ihre Bemühungen um Kontaktaufnahme zu den Chinesen in Taiwan. Diese sehnten sich nach dem Festland, da sie in einer nur vom Profitinteresse weniger bestimmten Gesellschaft lebten; deren Menschenverachtung komme etwa in den schlechten und nur zu oft lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen sowie der wachsenden Arbeitslosigkeit zum Ausdruck; die Bauern seien hoch verschuldet, und viele junge Frauen würden zu Prostituierten erniedrigt¹⁰³).

Bislang hat auch noch niemand zu erklären vermocht, welches Interesse die Verantwortlichen in Nationalchina haben könnten, ihre derzeitige Alleinentscheidungsmacht zugunsten einer wie immer gearteten, aber doch zweitrangigen Position im Rahmen der Volksrepublik aufzugeben, und warum die Menschen in Nationalchina ihren eindeutig höheren Lebensstandard für das bloße Gefühl „heim ins Reich“ gefährden sollten.

⁹⁹) So Yen Chia-kan am 20. Dezember 1971 (NfCh 21. Dezember 1971), Chiang Ching-kuo am 30. September 1972, am 25. Dezember 1972 vor der Nationalversammlung (NfCh 26. Dezember) und im Interview mit UPI am 22. Januar 1973.

¹⁰⁰) Vgl. etwa die Erklärungen des Außenministeriums zum Besuch Nixons in Festlandchina vom 17. und 25. Februar 1972 (NfCh 17. und 28. Februar 1972) sowie der Nationalversammlung vom 2. Oktober 1972, die Abmachungen Chou En-lais mit Premierminister Kakuei Tanaka seien null und nichtig (NfCh 2. Oktober 1972), und die Regierungserklärung Chiang Ching-kuos vom 30. September 1972.

¹⁰¹) 17-Punkte Abkommen (sog. Autonomie-Vertrag) vom 27. Mai 1951 zwischen den Regierungen des kommunistischen China und Tibet, Text in: Erich Röper, Geteiltes China, S. 286 ff.

¹⁰²) So Chou En-lai vor US-Journalisten Mitte Juni 1971 (The Times, London 23. Juni 1971).

¹⁰³) Die Landsleute in Taiwan sehnen sich nach dem Festland, Hsinhua 2. Februar 1973, MD 6. Februar 1973.

⁹⁴) Erklärung des Regierungsinformationsamts (NfCh 6. März 1972).

⁹⁵) NfCh 22. Februar 1972; s. a. NfCh 27. Juni 1972.

⁹⁶) NfCh 1. August 1972.

⁹⁷) CNA 14. Oktober 1972, MD 3. November 1972.

⁹⁸) Hauptgrundlage ist ein Bericht in Chen Wu Pao, Hongkong, vom Juli 1962; s. dazu etwa Bremer Nachrichten 11. März 1972, The Times, London 26. Juli 1971, NZZ 4. August 1971.

Weil den chinesischen Landsleuten in Taiwan die erfolgreiche innen- und außenpolitische Entwicklung auf dem Festland bekannt sei und zugleich Taiwans Befreiung und Vereinigung mit dem Mutterland von der Bevölkerung des ganzen Landes gewünscht werde, könnten die zwischen ihnen als Chinesen stehenden Dinge durch Gespräche beiseite geräumt werden ¹⁰⁴).

In Taiwan selbst gibt es jedoch keine Anzeichen, daß diese Propaganda auf einen fruchtbaren Boden fällt, zumal die Behauptungen über die Lage der Bevölkerung ebenso glaubhaft und wahr sind, wie die der DDR-Propagandisten über die kapitalistische Ausbeutung der Menschen in der Bundesrepublik.

Mit einer militärischen Wiedervereinigung ist derzeit gleichfalls nicht zu rechnen. Der Bürgerkrieg dauert zwar seit 1949 mit wechselnder Intensität an. Eine Invasion Taiwans ist aber undurchführbar mangels Transportraums und weil die überlegene Nationalmarine sie schon an der Festlandküste abfangen würde ¹⁰⁵). Ein zusätzlicher Schutz sind die Küsteninseln, welche die Kommunisten 1949 und 1958 zu erobern versuchten: sie blockieren Amoy und Foochow, die Taiwan nächstgelegenen Häfen, und dienen zu Beobachtung Südchinas. Sollte die Volksbefreiungsarmee Taiwan dennoch erreichen, wäre die Nationalarmee auch ohne die immer wieder zugesagte US-Hilfe kaum überwindbar. Ein nuklearer Angriff aber — genug Träger, A- und H-Bomben für die bergige Insel vorausgesetzt — wird den Gegenschlag der USA auslösen. Eine Invasion des Festlands wiederum — etwa wie 1944 in der Normandie — will die Nationalregierung schon mangels ausreichender Truppen und Transportkapazitäten nicht; sie wird nur bei (eventuell auszulösenden) Aufständen eingreifen, um so den Ausschlag zu geben ¹⁰⁶). So wären nach ihrer Meinung in den Hungersnöten nach dem „Großen

Sprung nach vorn“ 1961/62 ^{106a}) und den Unruhen in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ Ende 1966 und Mitte 1967 die Eroberung zumindest Südchinas möglich gewesen. Noch 1970 gaben die Kommunisten die nationalchinesische Guerillatätigkeit offen zu ¹⁰⁷); 55 670 Agenten sollen dabei von 1950 bis 1971 nach Angaben aus Taipei gefallen sein ¹⁰⁸).

Das reicht zur Invasion aber nicht aus. Daher ist es müßig, ob die Lagebeurteilungen stimmen. Im entscheidenden Moment gab es über die Chancen offenbar Zweifel, so daß auch die USA Aktionen durch Verweigerung logistischer Hilfe und durch die „zufällige“ Entsendung der 7. Flotte in die Taiwan-Straße verhinderten. Auch kann offen bleiben, ob Moskau den einstigen Verbündeten in Peking mit mehr als papiernen Protesten geholfen hätte.

Zentrales Datum der Wiedervereinigungsbemühungen Taipeis ist Mao Tse-tungs Tod. Nur er halte Festlandchina noch zusammen. Dessen zentrale politische Strukturen wurden durch die Kulturrevolution und den von ihm ausgelösten Macht- und Richtungskampf beseitigt oder stark geschädigt. Zwar wurde die Liu Shao-ch'i-Fraktion zunächst ausgeschaltet, aber auch der zivile Parteiapparat zerstört. Im Kampf um seinen Wiederaufbau habe die Armee, die selbst nicht spannungsfrei sei, die Unabhängigkeit der Partei weithin de facto durch Personalunion beseitigt oder doch überlagert.

Der Prozeß sei durch die Ereignisse nach dem Sturz Lin Piaos nicht grundsätzlich verändert worden. Nun seien auch die zentralen Militärapparate geschädigt. Zudem gebe es Anzeichen, daß Mao Tse-tung noch einen innenpolitischen Sturm auslösen könnte ¹⁰⁹), zumal er nun erleben müsse, daß die in der Kulturrevolution Verdammten wieder führende Stellungen einnehmen. Insbesondere die Wiederkehr von Teng Hsiao-ping beweise, daß der Machtkampf Mao Tse-tung aus den Händen geglitten sei. Um die ehemaligen Machthaber zu befriedigen, habe er wieder in eine führende Position als stellvertretender Ministerpräsi-

¹⁰⁴) Differenzen China-Taiwan können gelöst werden, Fukien Front Radio 2. Februar 1973, MD 13. Februar 1973 (Zusammenfassung).

¹⁰⁵) Vgl. etwa die Erklärung von Verteidigungsminister Chen Ta-ching am 1. November 1972 (CNA 2. November, MD 16. November); zur Stärke der Kriegsmarinen s. Gerhard Albrecht, Weyers Flottentaschenbuch 1971/1972, München 1972, S. 22 ff.

¹⁰⁶) So u. a. Generalleutnant Chiang Wei-kuo, Kommandant der Militärakademie und jüngerer Sohn Chiang Kai-sheks, gegenüber dem Verfasser am 2. Dezember 1970; vgl. auch die Erklärungen Chiang Kai-sheks vom 31. Dezember 1971 (NfCh 31. Dezember) und Chen Ta-chings (a. a. O.)

^{106 a}) Vgl. FAZ v. 27. Juni 1970.

¹⁰⁷) Etwa Hsinhua 27. Juni 1970, in Background on China, New York (fortan BoCh), 29. Juni 1970.

¹⁰⁸) NfCh 30. September 1971.

¹⁰⁹) Vgl. etwa den Brief Mao Tse-tungs an seine Frau Chiang Ching angeblich vom 8. Juli 1966, in dem er für die Mitte der siebziger Jahre, also nach dem Ende der damals begonnenen Kulturrevolution, weitere großangelegte Säuberungsaktionen gegen die „Rechten“ voraussagt; Text in BoCh 16. November 1972.

dent eingesetzt werden müssen. Damit habe zugleich Chou En-lai seine Position gegenüber Chiang Ching, der Frau Mao Tse-tungs, stärken wollen. Auch sei es ein Aufruf an das ganze alte Partei-Establishment, „Buße zu tun“ und sich um ihn zu scharen ^{109a)}.

Mao Tse-tungs Tod werde eine lange Zeit der Unsicherheit und einer weiter zunehmenden Regionalisierung folgen, mühselig überdeckt durch irgendeine Form kollektiver Führung. Dann habe die Nationalregierung die letzte Chance — sei es, daß sie in den Diadochen-

kämpfen einen Teil des Festlands erobern könne, oder aber im Bündnis mit einer rivalisierenden Gruppe für diese den Ausschlag gebe.

Auch darum ist für die heutige Führungsgruppe in Peking die Beseitigung dieses wirtschaftlich prosperierenden, militärisch zumindest nicht unerheblichen, unkontrollierten und unkontrollierbaren chinesischen Gegners — und seiner gesellschaftspolitischen Alternative — schon zur Stabilisierung ihrer Herrschaft für die Zukunft nötig.

Unabhängigkeitsbestrebungen der Taiwan-Chinesen?

Die gesamtchinesischen Maßnahmen der Nationalregierung widersprächen den Wünschen der Taiwan-Chinesen, heißt es vielerorts. Die „Chiang Kai-shek-Clique“ sei eine kleine Gruppe von Festlandflüchtlingen und ihrer Günstlinge, die Taiwan ihre Diktatur aufzwingen, um gegen den Willen der Bewohner das Festland zu erobern. Diese wollten sich befreien und eine unabhängige Republik gründen.

Die Begeisterung der über 15 Millionen Menschen in Nationalchina, den rasch steigenden und planmäßig weiterentwickelten ¹¹⁰⁾ Wohlstand — zweithöchster Asiens ^{110a)} — durch militärische Operationen zu gefährden, ist gewiß gering. Sie haben aber ein ungebrochenes Nationalgefühl, das sicher größer ist als das oft zitierte der Auslandschinesen, die seit Jahrhunderten das Selbstverständnis der Zugehörigkeit zu einem Volk haben. Das gilt um so mehr, als die Kommunisten ein unabhängiges Taiwan nicht akzeptieren werden

und die Unabhängigkeitsgruppen noch schärfer ablehnen als die Nationalregierung ¹¹¹⁾. Seit der UN-Abstimmung vom 25. Oktober 1971 lösen sich daher viele Unabhängigkeitsbewegungen auf. Am 4. April 1972 kehrte Chin Yung-han, Generalsekretär der Demokratischen Unabhängigkeitspartei Taiwans und Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der Unabhängigkeitsliga Taiwans, aus Japan zurück, um mit der Kuomintang zusammenzuarbeiten ¹¹²⁾. Am 7. April folgte Wang Wuch'ao, der aus Fukien stammt ¹¹³⁾.

Dennoch rufen einzelne — die Taiwan-Chinesen zu vertreten vorgeben und die Entmachtung der Kuomintang durch Putsch oder Intervention mehr erhoffend als erwartend — nach Unabhängigkeit ¹¹⁴⁾. Resonanz haben sie nur in westlichen Zeitungen. In Taiwan sind ihre Anhänger zwar zahlreicher als die noch immer königstreuen Bayern, aber kein Bruchteil der die Unabhängigkeit fürs Baskenland fordernden Spanier.

Wie andere Provinzen Chinas auch hat Taiwan regionale Eigenheiten, sogar einen eigenen Dialekt. Zudem hat die japanische Besetzung von 1895 bis 1945 zu Eigenentwicklungen geführt, ähnlich äußeren Einflüssen in anderen Gebieten, wie der Japans und Rußlands in der Mandschurei. Das reicht als Basis der Unabhängigkeit aber nicht aus.

^{109 a)} Vgl. die Erklärung des Leiters der Abteilung Kultur und Information der Kuomintang, Wu Chun-chai, am 14. April 1973 (NfCh 14. April 1973).

¹¹⁰⁾ Vgl. etwa den 6. Vierjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung für die Zeit vom 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1976, vom Kabinett am 30. September 1972 verabschiedet (BoCh 6. Dezember 1972, s. a. NfCh 18. und 22. Dezember 1972): das Bruttosozialprodukt soll jährlich um 9,5 % (1972: 15,2 %) von 7,2 auf 11,6 Mill. US-Dollar steigen, das Pro-Kopf-Einkommen von (1972) 372 auf 550 US-Dollar; die Industrieproduktion soll jährlich um 13,1 % (1972: 26,2 %) wachsen, die Landwirtschaft um 4,1 % (1972: 5,3 %); insgesamt sollen 10,4 Mill. US-Dollar (1972: 1,985) investiert werden, davon 7,3 Mill. in die Schwerindustrie und das Transportwesen; der Preisanstieg soll unter 3 % p. a. gehalten werden.

^{110 a)} Das durchschnittliche Familieneinkommen (5,4 Mitglieder, davon 1,5 erwerbstätig) betrug 1972 in Taipei 2 220 US-Dollar, wovon 288 US-Dollar gespart wurden (NfCh 27. April 1973).

¹¹¹⁾ So schon Hsinhua 23. Februar 1970, BoCh 25. Februar; s. a. den gemeinsamen Leitartikel der 3 Pekingener Zeitungen, Anm. 6.

¹¹²⁾ NfCh 4. April 1972.

¹¹³⁾ NfCh 7. April 1972.

¹¹⁴⁾ So „Die Selbstbestimmungs-Erklärung der Einwohner auf Taiwan“ vom 18. Juli 1971 von einigen Taiwan-Chinesen in der Bundesrepublik unter Leitung von Herrn Liu, Hannover, die hektographiert vorliegt; s. a. Frankfurter Rundschau (fortan FR) 2. November 1971.

Integration der Taiwan-Chinesen

Die Taiwan-Chinesen wollen mehr Beteiligung auch in den Organen der Zentralregierung. Die Zusatzwahlen zu Nationalversammlung, Parlament und Kontroll-Yuan am 20. Dezember 1969 und die Wahl des neuen Taiwan-gebürtigen Abgeordneten Liu Kuo-ch'ai zum Parlamentsvizepräsidenten am 2. Mai 1972¹¹⁵⁾ dienten der besseren Repräsentation der Taiwan-Chinesen. Noch wichtiger waren die nun regelmäßig stattfindenden Teilerneuerungswahlen für den ganzen Machtbereich der Nationalregierung am 23. Dezember 1972¹¹⁶⁾.

Von den 53 „zusätzlichen“¹¹⁷⁾ Mitgliedern der Nationalversammlung wurden 48 in Taiwan sowie zwei in den beiden Landkreisen Quemoy und Matsu der Provinz Fukien geboren; 15 waren oder sind kommunale oder Provinzmandatsträger, 41 gehören der Kuomintang an. 31 der 36 „zusätzlichen“ Mitglieder des Parlaments (Legislative Yuan) stammen aus Taiwan, einer aus Fukien; neun haben parlamentarische Erfahrungen auf kommunaler oder Provinzebene. Das Durchschnittsalter beträgt 46 und 44 Jahre. Nur vier der neuen Abgeordneten sind Absolventen der Militärakademie, 134 sind Akademiker und 13 Frauen. Von den 73 Mitgliedern des zum fünften Mal neugewählten Provinzparlaments sind 70 Taiwan-Chinesen, 58 Angehörige der Kuomintang und 12 Frauen. Von den 4 neugewählten Bürgermeistern und 16 Landräten sind alle aus Taiwan¹¹⁸⁾.

Ähnliches gilt für die zehn neuen „zusätzlichen“ Mitglieder des Kontroll-Yuan. Sie wurden am 15. Februar 1973 von der Stadtverordnetenversammlung von Taipei und dem Pro-

vinzparlament Taiwans gewählt¹¹⁹⁾. 27 Kandidaten hatten sich beworben. Die Gewählten haben ein Durchschnittsalter von 59,5 Jahren; acht wurden in Taiwan geboren; drei sind Abgeordnete im Provinzparlament und der Stadtverordnetenversammlung von Taipei¹²⁰⁾. Vizepräsident des Kontroll-Yuan wurde der schon im Dezember 1969 gewählte Chou Po-lien (GS) aus Taiwan, der 1964 amtierender Oberbürgermeister von Taipei war^{120a)}.

Entscheidend für die rasch zunehmende Beteiligung der Taiwan-Chinesen sowie die starke Verjüngung der Verwaltung in der Zentralregierung war der Amtsantritt Chiang Ching-kuos am 30. Mai 1972¹²¹⁾. Sechs der 18 Minister wurden in Taiwan geboren, darunter sein Stellvertreter Hsu Ching-chung und der (schon vorher amtierende) Innenminister Lin Chin-sheng. Außerdem berief Chiang Ching-kuo den unabhängigen Oberbürgermeister von Taipei, Henry Kao, der dort geboren ist und sein Amt gegen einen Kuomintang-Kandidaten gewann, zum Post- und Verkehrsminister. Aus Taiwan sind auch Kaos Nachfolger Chang Feng-hsu und der neue Gouverneur der Provinz Hsieh Tung-ming; beide waren dort früher in Kommunalparlamenten und das Provinzparlament gewählt worden. Nur noch zwei Minister und zwei zum Kabinett gehörende Behördenchefs sind aus Chekiang — und kein Kabinettsmitglied mehr hat in Deutschland studiert.

Ebenso verfuhr Chiang Ching-kuo bei den stellvertretenden Ministern. Von den beiden neuen Vize-Erziehungsministern stammt Dr. Kuo Wei-fan (36) aus Taiwan; Dr. Liang Shang-yun (43) ist aus Shansi, hat sich jedoch den größten Teil seines Lebens auf Taiwan aufgehalten¹²²⁾. Der neue Vize-Wirtschaftsminister Yang Chi-chuan (51) stammt ebenfalls aus Taiwan; sein Kollege Dr. Lei Fei-lung (48) aus Kiangsi hat in Taiwan studiert¹²³⁾. Auch der Justiz-Yuan, dem Bundesverfassungsgericht vergleichbar, wurde stark mit Taiwan-Chinesen besetzt: Vizepräsident Tai Yen-huei und zwei der vier neuen Richter,

¹¹⁵⁾ NfCh 2. Mai 1972.

¹¹⁶⁾ NfCh 20. März, 25. September 1972; von den 1947 noch in ganz China gewählten 2 961 Angehörigen der Nationalversammlung leben noch 1 365, von den 760 Abgeordneten des Parlaments noch 426; von den Mitgliedern des Kontroll-Yuan noch 65 (NfCh 30. Juni 1972).

¹¹⁷⁾ Die 1947 gewählten Parlamentarier bleiben im Amt, bis wieder eine Wahl auf dem Festland erfolgen kann, während diese „zusätzlichen“ Abgeordneten regelmäßig neu gewählt werden. Das gilt auch für die am 30. Dezember 1972 vom Präsidenten ernannten weiteren „zusätzlichen“ 15 Abgeordneten und 5 Mitglieder des Kontroll-Yuan aus den Reihen der Auslandchinesen (NfCh 27. Juli, 29. Dezember 1972).

¹¹⁸⁾ Zum Wahlergebnis im einzelnen vgl. NfCh 26. und 30. Dezember 1972.

¹¹⁹⁾ NfCh 26. und 29. Dezember 1972, CIS 27. Januar 1973, MD 8. Februar zum Wahlergebnis. NfCh 15. Februar 1973.

¹²⁰⁾ NfCh 3. Januar 1973.

^{120 a)} NfCh 15. März 1973.

¹²¹⁾ Zur Zusammensetzung des Kabinetts vgl. im einzelnen NfCh 30. Mai und 1. Juni 1972.

¹²²⁾ NfCh 16. Juni 1972.

¹²³⁾ NfCh 23. Juni 1972.

Chen Shih-jing und Wang Hsueh-sheng; das dritte Mitglied, Fan Hsin-hsiang (54) aus Hupei, ist eine Frau ¹²⁴).

Solange aber das am 21. November 1947 noch in ganz China gewählte (Rumpf)-Parlament die einzig legale Gesamtvertretung und die von ihm bestimmte Exekutive im wesentlichen auf Taiwan beschränkt ist, wird es, zumal angesichts mancher autoritärer Residuen, Konflikte mit den fast ganz von Taiwan-Chinesen besetzten und schon früher regelmäßig gewählten Provinzautoritäten geben, die beide dasselbe Gebiet wie eine Doppelregierung verwalten.

Zudem muß auch die Kuomintang sich „taiwanisieren“: von den 21 Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des ZK sind nur drei, von den 16 Sekretären und Abteilungsleitern nur vier aus Taiwan. Dafür kommen aus Chiang Kai-sheks Heimatprovinz Chekiang allein sechs Mitglieder des Ständigen Ausschusses. Ähnliches gilt übrigens für Mao Tse-tungs Heimat Hunan: bei 6 % der Bevölkerung stellt es 20 % der Mitglieder des 1969 bestimmten 9. ZK; Lin Piaos Heimat Hupei stellte mit einem Bevölkerungsanteil von 5 % 17 % der ZK-Mitglieder und 9 der 21 Politbüromitglieder ¹²⁵).

Endlich fehlt die Bereitschaft, die vom Gouverneur Chen Yi sowie den miserablen Festlandsbeamten vor allem durch ihre kolonialistische Mißwirtschaft 1947 verschuldeten blutigen Unruhen wahrheitsgemäß zu diskutieren. Dabei wurden die Verantwortlichen bestraft, Chen Yi hingerichtet und die Verwaltung völlig reformiert. Diese Geschehnisse sind noch immer eine Basis für Unabhängigkeitsbewegungen ¹²⁶).

Auch in der Administration kommen die Taiwan-Chinesen jetzt dank des rapide wachsenden Bildungsstandes der Bevölkerung ¹²⁷) und des Ausscheidens Älterer trotz der ge-

stiegenen Lebenserwartung ¹²⁸) ihrer Zahl entsprechend zum Zuge. Während Taiwans Zugehörigkeit zum Kaiserreich bis 1895 und zu Japan bis 1945 war für ihre Aus- und Fortbildung wenig geschehen. Deshalb standen 1945 nicht genug ausgebildete Inselbewohner für die offenen Stellen, zumal im höheren Dienst, zur Verfügung. 1949 waren dann unter den Flüchtlingen — überwiegend Beamte und Militärs — viele hochqualifizierte Führungskräfte, die in der Administration untergebracht wurden, so daß zunächst für Taiwan-Chinesen keine Stellen mehr frei waren. Dennoch ist es mehr als unzureichend, daß erst am 29. Dezember 1971 mit Fang Chin-yen der erste Taiwan-gebürtige Botschafter ernannt wurde ¹²⁹). Ihm folgte allerdings schon am 1. Mai 1972 Lu Ming-hui als Leiter des Büros für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit im Senegal ¹³⁰).

In der Wirtschaft dominierten die Flüchtlinge nie. In der beispielhaften Landreform Anfang der fünfziger Jahre ¹³¹) wurden die Grundbesitzer auch mit Anteilen verstaatlichter Industriebetriebe entschädigt. Der Wirtschaftsboom ¹³²) machte sie zur neuen Industriellen-schicht. Die Wirtschaftsmagnaten des Festlands waren 1949 nicht nach Taiwan gekommen. Sie glaubten nicht ans Überleben Nationalchinas und brachten ihr Geld in die USA, nach Hongkong und Japan. Chiang Ching-kuos hat dafür gesorgt, daß ihr Einfluß in Taiwan gleich null ist. Er hat zu ihnen keine (auch nicht verwandschaftliche) Beziehungen, wurde von ihnen vielmehr 1948 als Oberbürgermeister von Shanghai gestürzt, als er gegen ihre Währungsspekulation vorging.

¹²⁸) Die Lebenserwartung ist für Männer 66,1 und für Frauen 71,7 Jahre (1945: 41,1 und 45,7; Japan 69,05 und 74,02); der Bevölkerungszuwachs sank auf 1,92 % jährlich (1955: 3,5 %, obwohl die Abtreibung anders als in Japan — verboten ist und hart bestraft wird; auf je 3 000 Einwohner kommt ein Arzt (USA 1 auf 804) (NfCh 16. Februar, 20. März, 27. Juli, 20. und 21. November 1972, 14. und 16. Februar, 3. März und 26. April 1973).

¹²⁹) NfCh 29. Dezember 1971.

¹³⁰) NfCh 2. Mai 1972.

¹³¹) Ohne Wunderreis und -weizen, an deren Entwicklung es maßgeblich mitwirkte, erwirtschaftet Taiwan heute bei über 15 Millionen Bewohnern auf nur gut 9 000 qkm Ackerland einen Nahrungsmittelüberschuß (NfCh 15. Januar 1973). Die Agrarproduktion wuchs 1972 um 5,05 %, der Agrarexport um 42 % (NfCh 9. März 1973).

¹³²) 34 % der Bevölkerung sind im Industrie-, 28 % im Dienstleistungsbereich tätig (1980 voraussichtlich 35 %); die Arbeitslosigkeit beträgt 3,4 %; der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen wird von 38 % (1970) auf 25 % (1980) sinken (NfCh 1. Februar, 10. April, 1. Dezember 1972)

¹²⁴) NfCh 26. Juni, 13. Juli 1972.

¹²⁵) Komplette Liste der Mitglieder des 9. ZK und des Politbüros in Hsinhua 24. April 1969, BoCh 25. April; s. a. Hsinhua 19. Mai 1969, BoCh 27. Mai.

¹²⁶) Vgl. z. B. NfCh v. 4. und 7. April 1972.

¹²⁷) Es gibt praktisch keine Analphabeten mehr; 98 % der Kinder und Jugendlichen (27,3 % der Bevölkerung) besuchen Schulen, davon 82 % die kostenlose neunklassige Grund- und Hauptschule; auf Taiwan gibt es 2 167 Grund- und Haupt- und 778 Oberschulen; die Zahl der Studenten übersteigt relativ die der Bundesrepublik; mehrere der 79 Hochschulen haben Weltrang (NfCh 23. Dezember 1971, 3. März 1972).

Noch Chancen für Chiang Kai-shek?

Nationalchina wird, mit oder ohne US-Hilfe, nicht kommunistisch, solange seine Bewohner und Regierung es nicht wollen. Die „China News“/Taipei schrieb daher am 29. Februar 1972, die USA und befreundete Mächte hätten immer zu Geduld gemahnt, damit in der Taiwan-Straße nicht der Dritte Weltkrieg ausbreche¹³³): „Jetzt scheint es, als hätten wir nur auf die Entscheidung Nixons gewartet, daß wir nicht länger nützlich sind... Und daß die USA schließlich den Rücken wenden, während die chinesischen Kommunisten mit Gewalt ihre Version des ‚einen China‘ durchzusetzen versuchen... Die Zeit ist gekommen, da die Maus aufstehen und wie ein Löwe brüllen muß. Wir haben die Zähne, und es ist besser, sie zu benutzen, solange sie scharf sind, als daß sie einer nach dem anderen ausfallen, während der Leichenbestatter wartet, um die Leiche abzutransportieren... Wir haben nicht die Absicht, uns hinzulegen und tot zu spielen. Wenn es das ist, was die USA erwarten, dann haben sie sich die falsche Leiche ausgesucht.“

Nationalchina kann sich auch den USA gegenüber Selbstbewußtsein erlauben, seit es durch den Beginn einer Zwei-China-Politik weniger erpressbar ist. Innerchinesisch hängt seine Bedeutung aber nicht nur ab von Größe und Bevölkerungszahl, sondern der Fähigkeit, eine gesellschaftspolitische Alternativfunktion wahrzunehmen.

China ist nicht erst seit 1949 geteilt. Seit fünfzig Jahren kämpfen dort zwei alternative Gesellschaftssysteme und -modelle. Seither gibt es zwei China, die — auch wenn staats- und völkerrechtlich zum gleichen Staat gehörig — nichts miteinander zu tun haben wollten¹³⁴). Als Alternative müssen Nationalregierung und Kuomintang aber mehr sein als eine „rechts“-autoritäre Kopie der Kommunisten, garniert mit relativem Wohlstand.

Nationalchina ist noch keine mitteleuropäische Demokratie. Außer Religions- und Berufsfreiheit sowie der freien Wahl des Wohnorts geht auch die politische Freiheit immerhin so weit, daß drei der fünf größten Städte — Taipei, Kaoshiung, Taichung — unabhängige, in Taiwan geborene Bürgermeister wäh-

len konnten, die gegen Kandidaten der Kuomintang siegten; nur in Tainan und Keelung setzte die Kuomintang sich durch. Taiwan ist auch ein Beispiel dafür, wieviel schneller und für den einzelnen wirksamer unter anderen, aber gleich schlechten Bedingungen Chinesen ihr Land bei sachgerechter Politik entwickeln können.

Trotz des — zumal für ein Entwicklungsland — großen demokratischen und sozialen Fortschritts fehlt der Kuomintang aber weithin die sich auch in unabhängigen Organisationen manifestierende Massenbasis. Unternehmer, Management und Gewerkschaften, organisatorisch oft mit ihr verbunden, haben geistig mit dem schnellen Wachstum nicht Schritt gehalten. Das Interesse geht zu einseitig auf die qualitative Verbesserung von Unternehmen und Management bis hin zum forcierten Ausbau der innenbetrieblichen „human relations“ und die möglichst gute Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer. Nur in diesem Rahmen sieht man Aufgaben der Gewerkschaften als zusätzliche Schulungsstätte — und antikommunistische Kampfgruppe, aber ohne gesellschaftspolitisches Eigengewicht¹³⁵).

Zwar werden soziale Unruhen weiter aufzufangen sein durch den Wirtschaftszuwachs, der bisher immer mindestens einen Schritt den wachsenden Bedürfnissen voraus war, wichtigster Grund auch für das fast völlige Fehlen von Arbeitskämpfen; die wenigen wurden oft von aktiven Kuomintang-Mitgliedern

¹³⁵) Vgl. etwa die Rede Yen Chia-kans am 1. Mai 1973. Bedauerlich ist daher, daß die Bundesregierung der grundsätzlich unabhängigen Friedrich-Ebert-Stiftung die Entsendung des damaligen Mitarbeiters auf den Philippinen, Nagel, nach Taiwan zur Gewerkschaftsschulung im Oktober 1971 verbot; das gleiche gilt für ein für Dezember 1971 geplantes Gewerkschaftsseminar des Instituts für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung mit verschiedenen asiatischen Partnerorganisationen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hingegen veranstaltete vom 11. bis 16. Dezember 1972 in Zusammenarbeit mit der Mitgliedsorganisation Chinesischer Gewerkschaftsverband in Taipei ein Seminar für 40 Vertreter aus 15 asiatischen Mitgliedsgewerkschaftsverbänden, an dem Vizepräsident Yen Chia-kan neben anderen Regierungsmitgliedern offiziell teilnahm; die Inder P. P. Narayanan, Präsident der asiatischen IBFG-Regionalorganisation, und Vijendra Kabra, Direktor des asiatischen Gewerkschafts-College des IBFG, sandten offizielle Grußbotschaften (NfCh 11. Dezember 1972).

¹³³) Zitiert nach FAZ 2. März 1972.

¹³⁴) Bewußt nannte Soong Mei-ling, Frau Chiang Kai-sheks, schon 1942 eines ihrer Bücher „Unser China“, Zürich 1942.

und Mandatsträgern organisiert. Kommunismus kann aber auch in China nicht mit letztlich sterilem und rückwärtsgewandten Antikommunismus bekämpft werden. Trotz der Erfahrungen vom Festland mit kommunistischer Infiltration brauchen die Massenorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, mehr gesellschaftspolitischen Spielraum.

Die progressiven Ideen vor allem der Politiker um Chiang Ching-kuo sind sonst sozialer Paternalismus. Mangels wirksamer Arbeitnehmervertretungen haben die der Agrargesellschaft oft kaum erwachsenen Arbeitgeber noch zu viel Macht, was dem Land fälschlich einen kapitalistischen Anstrich gibt: die Kuomintang — von 1921 bis 1927 mit der Kommunistischen Partei fusioniert — steht dem Sozialismus oder doch der Sozialdemokratie oft näher als den in vielen Entwicklungsländern regierenden traditionellen Parteien.

Bis 1949 hat die Nationalregierung den Kampf mit den Kommunisten nicht bestanden. In Taiwan hat sie nun ihr Entwicklungsmodell realisiert, das für eine offene, freiheitliche, pluralistische und traditionelle Gesellschaft eine tiefergreifendere Umwälzung ist

als das auf dem Festland für eine kommunistische. Ihre große Chance liegt daher im weiteren Ausbau des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaats in China. Damit ist sie eine autochthon chinesische gesellschaftspolitische Alternative zu den Kommunisten auch dann, wenn es nie zur staatlichen Wiedervereinigung kommt¹³⁶⁾.

China ist staatlich wie gesellschaftspolitisch geteilt. Eine gewaltsame oder vertragliche Wiedervereinigung ist nicht abzusehen. Die Nationalregierung richtet sich daher für die nahe Zukunft in der Zwei-Staatlichkeit ein. Es gibt keinen Grund, in den Beziehungen zu China der Teilung nicht Rechnung zu tragen, oder dem Druck Pekings nachzugeben und die Aufnahme oder Beibehaltung von Beziehungen zu Taipei von seiner Zustimmung abhängig zu machen.

Kein Staat sollte sich zum Instrument des innenpolitischen gemeinten Alleinvertretungsanspruchs Taipeis oder Pekings machen lassen. Die Welt ließ sich ja auch durch den Alleinvertretungsanspruch Pakistans nicht abhalten, Bangla Desh anzuerkennen, obwohl Islamabad mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte.

Reaktion der Bundesregierung auf Taipeis Zwei-China-Politik

Die Bundesregierung hat sich auf die neuen Gegebenheiten im Verhältnis der beiden Regierungen in China noch nicht eingestellt¹³⁷⁾. Ohne Not hat sie vielmehr Pekings Alleinvertretungsanspruch nachgegeben zu einer Zeit, in der sie den der Bundesrepublik für ganz Deutschland endgültig beseitigt hat. Weder im Pekinger Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen¹³⁸⁾ noch in dem über die Bonner Vorverhandlungen mit dem damaligen Hsinhua-Vertreter und heutigen Geschäftsträger Wang Shu¹³⁹⁾ ist etwas über den Jurisdiktionsbereich Pekings oder Bonns enthalten. Die Bundesregierung könnte also dem Wunsch Nationalchinas folgen, das Goethe-Institut in Taipei in ein Generalkonsulat umzuwandeln und die

Eröffnung eines solchen der Nationalregierung in der Bundesrepublik zuzulassen¹⁴⁰⁾.

Mit Schreiben vom 19. Dezember 1972 hat das Auswärtige Amt jedoch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgefordert¹⁴¹⁾, Taiwan keine neue technische Hilfe¹⁴²⁾ mehr zu gewähren, nur begonnene Projekte könnten abgewickelt werden; Lieferungen landwirtschaftlicher Produktionsmittel sollen nicht mehr in Betracht kommen; Stipendien für technische Fach- und Führungskräfte dürfen nur noch von der Carl-Duis-

¹³⁶⁾ Vgl. Interview Chiang Ching-kuos mit UPI am 22. Januar 1973.

¹³⁷⁾ Zur deutschen China-Politik s. etwa Erich Röper, „China-Politik“ Bonns?, Deutschland-Archiv, Köln 1972, S. 133 ff., S. 703 ff.

¹³⁸⁾ Wortlaut (Faksimile) in DIE ZEIT, Hamburg 20. Oktober 1972.

¹³⁹⁾ Wortlaut in SZ 30. September 1972.

¹⁴⁰⁾ Erklärung des Direktors der Europaabteilung des Außenministeriums Miao Pei-chi gegenüber dem Korrespondenten der SZ am 12. Oktober 1972 (SZ 13. Oktober 1972).

¹⁴¹⁾ Vgl. zum folgenden FAZ und Handelsblatt, beide 20. Dezember 1972, DIE WELT 22. Dezember 1972, Deutsches Monatsblatt Februar 1973.

¹⁴²⁾ Nationalchina hat Kapitalhilfe nur von den USA erhalten: 950 Mio. US-Dollar Zuschüsse, 220 Mio. US-Dollar Anleihen, 350 Mio. US-Dollar Überschußagrarerzeugnisse; die Kapitalhilfe wurde gemäß Beschluß der US-Regierung vom 28. Mai 1964 am 30. Juni 1965 eingestellt (China Yearbook 1965—1966, Taipei 1966, S. 313/4).

berg-Gesellschaft vermittelt werden; Angehörige der öffentlichen Verwaltung einzuladen, sei „nicht zu empfehlen“. Auch die Einbeziehung Taiwans in die Programme der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer sei insoweit nicht möglich, als dafür Kontakte auf Regierungsebene nötig sind. Soweit Kirchengesellschaften aus öffentlichen Mitteln gefördert werden — und das gilt für die Entwicklungsprojekte fast immer —, „darf die Herkunft dieser Mittel nicht bekannt werden“. Die Beziehungen zu Taiwan können zwar grundsätzlich weiter gepflegt werden, sind aber „notwendigerweise auf die private Ebene zu reduzieren.“

Grundlage dieser Anweisung ist, daß „die Regierung der Volksrepublik China auch uns gegenüber an ihrer bekannten Politik des Alleinvertretungsanspruchs festzuhalten wünschte.“ Zwar enthalte das Kommuniqué über die Aufnahme der Beziehungen keine ausdrückliche Stellungnahme dazu, doch habe man dies aus den Umständen der vorangegangenen Verhandlungen entnehmen können, und „die deutsche Seite hat dazu keinerlei Vorbehalte geäußert.“ Auch habe Außenminister Scheel bei den Besprechungen in Peking darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik weder diplomatische Beziehungen noch amtliche Kontakte zu Taiwan unterhalte. „Das bedeutet, daß für amtliche Kontakte zur Regierung von Taipeh kein Raum ist, denn der Bundesminister des Auswärtigen hat das der chinesischen Seite ausdrücklich versichert.“

Das schließt nicht nur das Verbot von Dienstreisen deutscher öffentlicher Bediensteter nach Nationalchina ein¹⁴³⁾, auch nicht zum Studium der vorzüglichen Aufbau- und Entwicklungshilfemaßnahmen dort. Der Freichina-Informationdienst in Bonn durfte am nationalchinesischen Nationalfeiertag am 10. Oktober 1972 nicht einmal den traditionellen Empfang für Chinesen und Deutsche geben. Dem Büro war nachdrücklich dargelegt worden, daß es künftig öffentlich nicht mehr in Erscheinung treten dürfe.

Nationalchina wird diese Entscheidungen überstehen, nicht nur, weil nichts dauerhafter ist als Provisorien, sondern auch weil es kein Entwicklungsland mehr ist. Das läßt die Ent-

scheidung des Auswärtigen Amtes — die auch von einer CDU/CSU-Bundesregierung hätte kommen können¹⁴⁴⁾ — allerdings nicht verständlicher erscheinen. Obwohl Peking es nicht einmal ausdrücklich verlangt hat, hat Bonn sich damit zum Werkzeug der innenpolitisch gemeinten Außenpolitik der chinesischen Kommunisten gemacht. Eine Bundesregierung, die in der Deutschlandpolitik dem Alleinvertretungsanspruch als einem Grundsatz der internationalen Politik abgeschworen hat, weil sie Realitäten entgegenstehen sah, folgt — ohne Not! — in Erahnung sinokommunistischer Wünsche diesem Prinzip in der China-Politik ungeachtet der Realitäten.

Es ist ohnedies erstaunlich, wie schnell auch in Deutschland die Lehren des Münchner Abkommens von 1938 vergessen wurden, sich von einer Großmacht nicht erpressen zu lassen — oder gar ihre nicht einmal ausgesprochenen Wünsche ungefragt zu erfüllen —, und ihr „um des lieben Friedens willen“ und/oder weil sie eine Zusammenarbeit sonst ablehnt, ein kleineres Land oder dessen Interessen zu opfern. Es ist kein „Realismus“, sich an der „größeren Realität“ zu orientieren.

¹⁴³⁾ S. a. Vorwärts 1. und 15. Februar 1973; Meldung des Axel-Springer-Inlanddienst (asd) 27. Januar 1973.

¹⁴⁴⁾ Typisch für die Haltung der CDU sind etwa die Äußerung von Ex-Bundesaußenminister Gerhard Schröder vom 13. August 1972 zur sino-kommunistischen Kindererziehung und deren Interpretation durch den schleswig-holsteinischen Kultusminister Prof. Dr. Walter Braun vom 21. August auf die kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Klaus Klingner (Landtagsdrucksache 7/314): Schröder: „Im übrigen möchte ich zu Ihrer Frage die Grundsätze für die Erziehung der chinesischen Kinder zitieren, die uns an verschiedenen Orten genannt wurden: Vaterland, Volk, Arbeit, Bescheidenheit, Nächstenliebe und Zusammenhalt. Ich glaube nicht, daß das den Lehren entspricht, die linksextremistische Gruppen in Deutschland verbreiten. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß ich diese Grundsätze auch für die Erziehung deutscher Kinder als geeignet ansehe.“ — Braun: „Die genannten Ziele erscheinen neben anderen für die Erziehung deutscher Kinder geeignet.“ (Frau Schröder: In China „war alles sehr christlich.“ Die Kinder „dürfen“ schon beim Verpacken von Taschenlampenbirnen lernen, wie schön Arbeit ist; die Offiziere sind Muster an „natürlicher und selbstverständlicher Haltung.“ Vgl. SZ v. 12. August 1972.)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29, S. 3—13.

Theoretisch-ideologisch ist die Haltung der Sowjetunion seit der ersten grundsätzlichen Stellungnahme der KPdSU nach der Gründung der EWG in den sog. 17. Thesen von 1957 eindeutig festgelegt: Darin wird die EWG als Absprache der Monopole über den gemeinsamen Kampf um die Absatzmärkte, um die Rohstoffquellen und um die Investitionssphären in der Welt bezeichnet. Sie bilde deshalb die kriegswirtschaftliche Grundlage der „kapitalistischen“ Länder und wirke infolgedessen in jeder Hinsicht gegen die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet.

Diese Einstellung zur EWG gilt bis heute ohne Einschränkung nicht nur für die KPdSU, sondern auch für alle anderen kommunistischen Parteien und die von ihnen regierten Staaten, ja selbst für diejenigen, die nicht zu den sog. „Moskautreuen“ zu rechnen sind. Je mehr sich aber der tatsächliche Erfolg der Integrationsbestrebungen der westeuropäischen Länder zeigte, um so stärker sahen sich die Sowjetunion und ihre Partnerstaaten gezwungen, diese Realität anzuerkennen und ihr in der politischen Praxis, d. h. in ihrer Europapolitik, Rechnung zu tragen. In der Diskussion um die Form und um die Zielsetzungen dieser Politik wurden allerdings noch bis Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre z. T. höchst kontroverse Auffassungen zwischen der Sowjetunion und ihren Partnerstaaten vertreten.

Die massive Stellungnahme Chinas zu EWG-Problemen seit Anfang 1971 im Sinne einer Unterstützung sowohl des wirtschaftlichen als auch des politischen Zusammenschlusses Westeuropas nicht nur gegen die USA, sondern auch und vor allem gegen die Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion in Europa, hat neue Akzente gesetzt. Die Sowjetunion sieht sich seither einerseits gezwungen, im Interesse der Abwehr der chinesischen Europa-Politik wieder zunehmend auf die Ebene der ideologischen Argumentation zurückzukehren, wie sie in allen grundsätzlichen, theoretisch-ideologischen Stellungnahmen der KPdSU seit 1957 formuliert worden sind. Andererseits aber muß sie ihre pragmatische Westeuropa-Politik fortführen und ausbauen. Diese läuft darauf hinaus, aus den Beziehungen zu den westeuropäischen „kapitalistischen“ Ländern höchstmögliche wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, zugleich aber die Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft als völkerrechtliches Subjekt zu vermeiden.

Erich Röper: Nationalchinas Kampf gegen die Isolierung. Noch Chancen für Chiang Kai-shek?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/73, S. 14—30.

Der Konflikt der beiden Regierungen in China wurde durch die Ersetzung der Nationalregierung durch die kommunistische in der UNO nicht gelöst; keine wird sich der anderen unterwerfen. Anders als Peking, das Taipei isolieren und einmal „befreien“ will, geht dieses aber — trotz grundsätzlichen Wiedervereinigungswunsches — von der Existenz zweier staatlich organisierter, antagonistischer Gesellschaftsordnungen in der einen Nation China aus. Taipeis Alleinvertretungsanspruch, der lange zur Stabilisierung der Herrschaft in Taiwan nach dem Verlust des Festlands diente, wurde praktisch aufgegeben.

Das Verhältnis zu den USA ist ambivalent. Nixon ist Peking zwar weit entgegengekommen, da er dessen Konflikt mit Taipei zur inneren Frage erklärte; das Militärpotential Nationalchinas wird aber systematisch mit amerikanischer Hilfe weiterentwickelt, und die US-Investitionen sind bereits so groß, daß schon darum die Übergabe Taiwans an die Kommunisten unwahrscheinlich ist.

Für die oft genannten Geheimkontakte Taipeis zu Peking — auch zur späteren Wiedervereinigung — gibt es keine Beweise. Auch gibt es keinen Grund, warum die Verantwortlichen in Taiwan angesichts der beiderseitigen Unfähigkeit, den Konflikt militärisch zu lösen, sich und ihr Land Peking freiwillig ausliefern sollten.

Die Chancen Nationalchinas, unabhängig zu bleiben, hängen ab vom Widerstandswillen aller und der Bereitschaft der Verantwortlichen, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Demokratisierung der Gesellschaft weiterzuentwickeln. Damit stellt es schon heute trotz der Größenunterschiede eine autochthon chinesische Alternative zu den Kommunisten dar, auch wenn es nie zu einer Wiedervereinigung kommt.